

Humboldt Universität zu Berlin  
Institut für Europäische Ethnologie  
Betreuung: Prof. Dr. Regina Römhild und Dr. Sina Arnold

## **Masterarbeit**

### **Menschenrechte an der Grenze (?)**

Differentielle Aus- und Eingrenzungen im Menschenrechtssystem  
am Beispiel des europäischen Finanz- und Grenzregimes in Spanien

### **Human Rights at the Border (?)**

Differential Exclusion and Inclusion in the System of Human Rights  
shown on the European Financial and Border Regime in Spain

vorgelegt von Daniella Gaub  
6. Fachsemester Europäische Ethnologie M.A.  
daniella.gaub@posteo.de  
Berlin, den 26.08.2016

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung - Der Weg in das Feld.....	3
2. Theoretischer Rahmen.....	5
2.1 Die europäische Integration im Kontext ihrer Krisen – Begriffe und ihre Zusammenhänge....	5
2.2 Eine kritische Perspektive auf die Menschenrechte .....	8
2.2 a Ein de-kolonialer historischer Abriss .....	8
2.2 b Eine rechts-anthropologische Problematisierung der Menschenrechte: Dialektik, Chancen und Instrumentalisierung der Menschenrechte in Theorie und Praxis .....	11
2.2 c Die aktuelle Menschenrechtssituation in Spanien und Marokko .....	16
2.3 Spaniens Geschichte aus einer krisenorientierten Perspektive .....	17
3. Methodischer Zugang zur Untersuchung differentieller Aus- und Eingrenzungen im Menschenrechtssystem.....	24
4. Empirie.....	31
4.1 Die Krise der Rechte.....	32
4.2 Wege aus der Krise.....	39
5. Fazit und Ausblick.....	48
6. Quellenangaben.....	53

## 1. Einleitung - Der Weg in das Feld

Als ich mich Ende Januar auf den Weg in mein Forschungs-Feld in Spanien aufmachte, hielt es mich erst einmal auf: „Flug gestrichen“ war an den Anzeigetafeln zu lesen. Alle Flüge über und nach Frankreich wurden abgesagt, da sich die Fluglotsen in Frankreich an diesen Tagen im Streik befanden. Noch viele Wochen sollten sie weitergehen, mit dem Ziel, die geplanten neoliberalen Arbeitsreformen aufzuhalten. Europa befindet sich in der Krise; nicht nur an seinen Außengrenzen, wie spätestens nach dem „Sommer der Migration“ im Jahr 2015 klar wurde. Auch innerhalb seiner Trennlinien, wird vieles in Frage gestellt. Prozesse der europäischen Einigung werden wieder rückgängig gemacht, wie u.a. die Wiedereinführung von Grenzkontrollen zeigt. Geduldig stelle ich mich in die Warteschleife am Flughafen, um Informationen und ein neues Ticket zu erhalten. Derweil fangen die spanischen Reisegäste an sich zu organisieren und gründen eine Facebook-Gruppe mit dem Namen „Afectados ryanair berlin 26/1“ (Die Betroffenen von Ryanair Berlin 26/1), um in Kontakt zu bleiben und gemeinsam Druck auf die Airline auszuüben. „Ob so eine Form der spontanen Organisation auch vor den Krisenprotesten entstanden wäre?“, frage ich mich. Über die Krisenproteste der letzten Jahre in Spanien sollte ich die nächsten zwei Monate in Barcelona noch viel hören. Aber eigentlich begann ich mich schon lange vor diesem Tag im Januar auf den Weg in mein Feld. Ausgangspunkt war das Studienprojekt „Gastropolis“, welches sich mit der Verstrickung von Gastronomie und Migration beschäftigte. Die Forschungsfelder befanden sich auf Kreta/Griechenland und Berlin. Mein Hauptinteresse betraf hier die alimentäre Teilhabe in der Finanzkrise und die Auswirkungen des europäischen Grenzregimes auf diese Form der Partizipation. Ein zentrales Ergebnis der Studie: das Grenzregime Europas befindet sich in einem krisenhaften Zustand – und damit nicht nur das europäische Finanzsystem (Gaub 2015). Krisenhaft ist dieser Zustand aufgrund der vielfachen Rechtsverletzungen an und innerhalb der Grenzen, die gegen sämtliche Menschen- und Sozialrechte verstoßen (Papaioannou 2013). Des weiteren wurden die Verstrickungen zwischen den Krisen deutlich, wie die gemeinsamen Migrationswege von Griech\_innen und Geflüchteten Richtung Norden Europas exemplarisch zeigen. Die Lebensumstände beider Personengruppen näherten sich die letzten Jahre in Folge der politischen Situation immer weiter an, wobei sich die Situation insbesondere von (papierlosen) Asylsuchenden auf Grund der unterschiedlichen politischen Stati nochmal deutlich von der Situation der EU-Bürger\_innen unterscheidet. Jedoch ist bei beiden Personengruppen festzustellen, dass grundlegende Versorgungsstrukturen nicht mehr flächendeckend (durch den Staat) sichergestellt werden. Öffentliche Essensausgaben, organisiert von der Zivilgesellschaft, wurden in Griechenland

notwendig (ebd.). In Berlin wurden Masernimpfungen, welche laut § 4 Abs.1 des Asylbewerberleistungsgesetz standardmäßig vom Staat angeboten werden müssen, von Nachbarschaftsinitiativen für die Bewohner\_innen von Asyl-Notunterkünften initiiert, um nur zwei prägnante Beispiele zu nennen. Somit garantiert der Staat elementare Recht nicht mehr. Beide Krisen gehen auf den Prozess der Europäisierung zurückgehen, welche zum einen eine Abspaltung nach außen ist in Form von Grenzziehungen wie auch innerer Grenzziehungen durch die sozialen Nebenfolgen der Finanzkrise. Diese kann nicht getrennt von der Neoliberalisierung Europas insgesamt betrachtet werden, weil die Grenzen auch von Regierungen (z. B. der deutschen) gezogen werden. So schließen die Hartz IV Reformen zum einen EU-Bürger\_innen aus, indem diejenigen die nicht oder nur kurz in Deutschland gearbeitet haben, keinen Hartz IV Anspruch haben. Was im Anbetracht der Situation in Ländern wie Spanien verheerende Folgen für die Betroffenen hat<sup>1</sup>. Auch deutsche Staatsbürger\_innen werden zunehmend aus der sozialen Sicherung exkludiert<sup>2</sup>. Über die Menschenrechtssituation an den Außengrenzen Europas gibt es seit den 2000er Jahren bereits alarmierende Berichte darüber, wie flüchtende Personen auf hoher See aufgegriffen, zurückgedrängt (sog. Push Backs), auf verlassen Inseln ausgesetzt oder gar auf sie geschossen wird<sup>3</sup>. Der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte äußerte sich besorgt „über die gravierenden Konsequenzen der Finanzkrise bezüglich der Rechte auf Arbeit, soziale Sicherheit und Gesundheit insbesondere von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen“<sup>4</sup>. Es stellt sich die Frage: (An welchem Punkt) befinden sich die Menschenrechte in der Europäischen Union an der Grenze?

Mit der Erklärung der universellen Menschenrechte 1948 sollte auch den Staatenlosen, die durch die klassischen Menschenrechte keinen Schutz genossen, ihre Rechte zugesichert werden (Agamben 2002). Dabei sollen die Rechte von den Nationalstaaten umgesetzt werden, die die Menschenrechte ratifiziert haben. Jedoch erweist sich dieses Prinzip in den Jahren des Aufrüstens der Grenzanlagen und der Finanzkrise nicht als ein Mechanismus, der grundlegende Rechte garantiert. Nationalstaaten sollten Schutz gewähren, werden aber zunehmend zu einer gefährdenden Instanz von Rechten (Merry 2006). Es lässt sich somit ein negativer Bruch mit den postkolonialen Mustern des Menschenrechtsregimes feststellen, welches weiterhin vorrangig (weiße) Menschen im Globalen Norden berücksichtigt, jedoch in Folge der Austeritätspolitik in einem neuen Ausmaß auch EU-Bürger\_innen ausgrenzt. Wie sich die Folgen dieser Politik auf die Menschenrechte auswirken und wie Akteure im Feld damit umgehen, bin ich in meinem Feld in Spanien und den Grenzgebieten nachgegangen. Dabei habe ich eine de-koloniale Perspektive auf Menschenrechte und Europa eingenommen.

## **2. Theoretischer Rahmen**

### **2.1 Die europäische Integration im Kontext ihrer Krisen – Begriffe und ihre Zusammenhänge**

Anleitende Begriffe in der vorliegenden Arbeit sind „Krise, „Europäisierung“ und „Grenze“, welche teils in einem spezifischen Sinn verwendet werden und daher im folgenden näher erläutert werden. Der Terminus „Grenze“ wird unter den Methoden weiter ausgeführt, da dieser auch eine methodische Verwendung findet.

Im Allgemeinen werden unter der Europäisierung die Veränderungen in ihren Mitgliedsstaaten verstanden, die auf Grund von Impulsen der EU geschehen. Diese können von einzelnen Mitgliedsstaaten wie auch von der EU selber ausgehen und sich auf beiden Ebenen niederschlagen, was zu einem Prozess des Zusammenwachsens- oder fügens von zuvor selbstständigen Größen führt. Dabei wird eine europäische Identität ausgebildet. Jedoch sind die Nation festigende Effekte auch ein Resultat der EU-Politik, wie sich im Kontext der Migrationspolitik gegenwärtig stark zeigt. Seinen vorläufigen Höhepunkt hat diese Entwicklung im Austritt Großbritanniens aus der EU gefunden. Die Reichweite der Europäisierung ist dabei nicht auf den politischen Raum der EU beschränkt, sondern in ihrem geographische Bezug eher diffus (Beichelt 2013). So sind Länder mit fernen Beitrittsperspektiven auch eingeschlossen. Im Zuge der Europäisierung des Grenzregimes sind ebenso Länder in den Gesamtprozess der Europäisierung einbezogen, in welche die EU ihre Außengrenzen externalisiert bzw. die Migration dort schon gemanagt wird. Wobei diese Entwicklung auch Teil der Globalisierung des Migrationsregimes ist (Cuttita 2010). Cuttita zeichnet nach, wie der Staat im Zuge des Europa-Werdens immer mehr zu einem ökonomischen Akteur wird, der sich im Wettbewerb mit seinen Nachbarn zu behaupten hat. Die Formierung eines kohärenten europäischen Wirtschaftsraumes ist dabei unmittelbarer Teil der Europäisierung der Migrations- und Grenzpolitik. Diese wird von historischen Dynamiken angetrieben und strukturiert, welche sich bis auf einer globaler Ebene abspielen. So führte der Globalisierungsschub der 1970er zu einer massenhaften Vertreibung und Enteignungen, aber auch zu (Bürger-)Kriegen, aus denen ein starker Migrationsdruck resultierte (Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa 2014). Wie im geographischen Wirkungsbereich, so verlaufen auch die Auswirkungen auf globaler Ebene nicht linear, worauf Saskia Sassen (2008) hinweist. So wird die staatliche Exekutive in Teilen gestärkt, während andere Bereiche wie etwa die Judikative an Einfluss verlieren. Des weiteren hat die Europäisierung auch Auswirkungen auf alltägliche Praktiken, in denen vordergründig das Verhältnis zwischen den Bürger\_innen und den Nationalstaat verhandelt wird. Am Beispiel der Aufbewahrung von Kassenzetteln zur Eindämmung der Steuerhinterziehung wird gezeigt, wie in

kleinen Alltagshandlungen die „kulturelle Wirkmacht politischer Großprojekte wie der EU auf der Ebene des Individuums“ (Poehls 2014, 326) wirksam werden.

Der Krisenbegriff bzgl. der wirtschaftlichen Lage der EU bezieht sich hier vor allem auf die sozialen und politischen Nebeneffekte der Spar- bzw. Austeritätspolitik in Folge der finanziellen Krise im internationalen und europäischen Raum. Der Fokus wird in der vorliegenden Arbeit bei den Auswirkungen im alltäglichen Leben der in Spanien lebenden Menschen liegen. Die hinter der Sparpolitik waltenden Instanzen, werden unter dem Begriff des Finanzregimes gefasst. Mit dem Terminus „Regime“ wird wiederum eine Regierungs-, Staats- oder Kontrollform bezeichnet, die negativ, da undemokratisch, konnotiert ist. Regime sind von Kontinuitäten und Widersprüchen geprägt, wie bei der Definition des Grenzregime und dem Prozess der Europäisierung deutlich geworden ist. Des weiteren wird auf die global existierenden Strukturen des Finanzsystem und Zusammenhänge mit der kolonialen Vergangenheit, postkolonialen Gegenwart Europas und dem Migrationsdruck nach Europa hingewiesen.

Der allgemein bekannte Begriff der „Flüchtlingskrise“, der sich im Kontext des Sommers 2015 etabliert hat, als es in sehr großen Zahlen zu Grenzüberschreitungen durch Flüchtende Richtung Europa kam, wird hier nicht genutzt. Stattdessen ist die Rede von einer Krise des Grenzregimes, nicht weil es massenhaft überwunden wird, sondern auf Grund der durch das Grenzregime ausgelösten Menschenrechtsverletzungen. Nicht die „nackte“ Kontrolle steht damit im Mittelpunkt der Kritik und des Krisenverständnisses, sondern die Desintegration, die „eine größere Zahl an Opfern, wie wir in der aktuellen Todesstatistik an den Schengener Meeresgrenzen beobachten“ (Cuttita u.a. 2011, 248) verantwortet. Während unter der Flüchtlingskrise gemeinhin nur das Versagen der Migrationsabwehr und die Überforderung einzelner europäischer Länder und Kommunen verstanden wird. Die Lebensumstände der negativ Betroffenen bleiben dabei eher ein Randthema im Diskurs der Flüchtlingskrise. „In ihr geht es nicht um die Probleme der Flüchtenden, sondern um die Probleme der BRD mit den Flüchtenden“<sup>5</sup>. In der vorliegenden Arbeit hingegen werden die sozialen und rechtlichen Auswirkungen des Grenz- und Krisenregimes auf die migrantischen Subjekten beleuchtet und die (post)kolonialen Verstrickungen miteinbezogen.

Die Krisen des Grenz- und Finanzsystems führen zur Beschneidung der Menschenrechte und lassen sich als Symptome der Europäisierung bzw. der europäischen Integration deuten. So ist das ökonomische Feld eines, das die wirtschaftliche Integration zum Ziel hat - bisweilen mit hierarchisierenden Folgen und einer radikalen Neoliberalisierung des europäischen Raumes. Das Grenzregime formt hingegen einen Raum, wodurch sich Europa zunehmend abschottet, jedoch je nach wirtschaftlichen und demographischen Bedürfnissen Lücken in den Grenzen lässt und es zu einer differentiellen Inklusion (Mezzadra/Neilson 2014) von Migrant\_innen und Flüchtenden

kommen lässt (Buckel 2011). Im Zuge der verschärften Abschottung droht jedoch ein entscheidender Pfeiler der EU zusammenzubrechen: der Schengen-Raum. Die darum wieder zunehmenden innereuropäischen Grenzkontrollen erschaffen überwunden geglaubte Grenzen wieder.

Eine Analyse der Europäisierung muss die Felder Grenz- und Finanzregimes berücksichtigen und deren Verwobenheit analysieren. So müssen auch die Entwicklungen außerhalb Europas - insbesondere in der MENA-Region (Middle East and North Africa) - in Verbindung mit der Politik der EU gesehen werden; auch Rückkopplungseffekte sind hierbei zu beachten. So verschärfte sich die wirtschaftliche Situation in der MENA-Region unter dem Einfluss der vielen EU-Subventionen, die zu einer enormen Konkurrenz auf den dortigen Märkten führte (Buckel 2011). Die Überfischung der Meere wie auch die Märkte mit den subventionierten und daher günstigen Agrarprodukten zu beliefern, sind dabei zwei sehr einflussreiche Faktoren. Die Krise des Finanzkapitalismus hat sich ebenso auf die EU-Nachbarländer ausgewirkt und „dortigen Protestbewegungen einen Antrieb gegeben“ (Cuttita u.a. 2011, 247). Seit 2010 gingen die Entwicklungshilfegelder von den europäischen Krisenländern stark zurück und haben die Situation in den Subsahara-Staaten weiter verschlechtert und destabilisiert (Paciello 2013). Im globalen Kontext ergibt sich somit ein weiteres Deutungsmuster für die sog. Flüchtlingskrise. So ist das, „was als ‘Migrationskrise’, wahrgenommen wird, in Wahrheit eine Krise der Nord-Süd-Beziehungen, die durch [...] krasse Ungleichheiten verursacht ist“ (Castles 2005, 15). Denn die genannten wirtschaftlichen Machtverhältnisse wie auch die globale Arbeitsteilung, sind „in die Geschichte des Kolonialismus eingebettet“ (Franzki/Kwesi Aikins 2010, 25). Diese Gefälle sind gemäß Balibar in ein „globale[s] Apartheitsregime“ (Balibar 2003, 175) gemündet. In diesem ist der benachteiligte Teil im Globalen Süden eine „in ihren Rechten und daher auch in ihrer Würde erniedrigt[e] Bevölkerung, die dauerhaft 'auf der Grenze' leben muss“ (Buckel 2011, 260).

Resümierend lässt sich festhalten, dass Wirtschaftskrisen auch immer Umstrukturierungen der Grenz- und Migrationsregime bewirken, jedoch hatten Kapitalismuskrisen nie den kompletten Migrationsstopp zur Folge (Lucassen/Lucassen 1997). Diese Dynamiken erklären, warum im Kontext des Diskurses um die sog. Flüchtlingskrise Spanien nicht in den Fokus geraten ist: Marokko und Algerien haben keine größeren Proteste, Unruhen oder gar Umstürze erlebt, weshalb zum einen die Zusammenarbeit der Grenzexternalisierung mit den beiden Ländern weiterhin funktioniert und es zum anderen von dort keinen massiven Migrationsdruck gab wie aus weiter östlich gelegenen Regionen. Des weiteren haben sich auch die regulären Einwanderungsmechanismen durch die noch immer anhaltenden Wirtschaftskrise verschlechtert, was auch zu einer weiteren Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen von

Migrant\_innen in der EU und damit zu einer fortschreitenden Deregulierung von Arbeitsverhältnissen führte. Die neoliberale Politik der EU samt ihrer Krise seit 2008 wie auch die Unruhen in der MENA Region hängen somit (in Teilen) <sup>i</sup> mit dem Europäisierungsprojekt zusammen und haben zu tiefgreifenden Veränderungen im europäischen Grenzregime geführt. Zudem werden die Krisen auch gegeneinander ausgespielt, wie sich Anfang 2015 zeigte, als der griechische Verteidigungsminister Panos Kammenos verlauten ließ: „Wenn sie Griechenland einen Schlag versetzen, dann sollen sie wissen, dass [...] die Migranten (Reise-)Papiere bekommen und nach Berlin gehen“<sup>6</sup>. Ebenso wurde im Falle eines Zusammenbruches Griechenlands davor gewarnt, dass die Grenzkontrollen gänzlich zum Erliegen kommen würden und Europa zum sog. Einfallstor von Millionen von Migrant\_innen und Terrorist\_innen werden könnte. Unter dem Druck des Finanzregimes und einem jahrelangen Unwillen seitens Ländern wie Deutschland eine Alternative zum Dublin Abkommen zu finden, werden die Krisen gegen einander ausgespielt und finden eine neue Eskalationsstufe im dschihadistischen Terror in Europa. Dabei werden diejenigen, die vor Terror fliehen, instrumentalisiert und zu potenziellen Terrorist\_innen erklärt und diffamiert. Dass die krisenbetroffenen Länder nun nicht bereit sind, die vielen inzwischen auch in Deutschland angekommenen Flüchtenden aufzunehmen, muss daher auch im Kontext der voran gegangenen unsolidarischen Finanz- und Grenzpolitik betrachtet werden<sup>7</sup>. Aus der Empirie der Studienprojektes „Gastropolis“ und der Quellenarbeit wurde deutlich, dass die Grenz- und Finanzkrise auf der Mikro- wie auch auf der Markoebene ineinander verstrickt sind. Wie die beiden Entitäten Grenz- und Finanzregime das Menschenrechtsregime und die Teilhabe an Menschenrechten beeinflussen, soll im weiteren nachgegangen werden.

## **2.2 Eine kritische Perspektive auf die Menschenrechte**

### **2.2 a Ein de-kolonialer historischer Abriss**

Die Ideengeschichte der Menschenrechte hat ihre Ursprünge in der alt-griechische Philosophie und wurde entscheidend geprägt in den Anfängen der Moderne bzw. des Kolonialismus, deren Beginn im Ende des 15. Jahrhunderts verortet werden. Dieser zeigte deutlich, dass nicht erst der Holocaust die Moderne kollabieren ließ, sondern dass diese in ihren Anfängen schon Barbarei hervorbrachte,

---

i Die Gründe für die Unruhen sind vielfältig und gehen auch auf die politischen Umstände in den jeweiligen Ländern zurück, in denen repressive System an der Macht waren, noch immer oder wieder sind. Die vorrangigen Forderungen bei den Protesten waren eine ausreichende Ernährung, Bildung und dann erst demokratische Rechte (Cammet u.a.). Die Prekarisierung dieser Gesellschaften geh somit ebenso auf die dortigen Regime zurück, mit denen die EU aber lange diplomatische und wirtschaftliche Verhältnisse pflegte, ungeachtet der dortigen Menschenrechtssituation.

geradezu auf ihnen fußt und aus ihr geboren wurde (Barreto 2014; Varela/Dhawan 2015). Moderne sei hier verstanden als Co-Terminus zu Kolonialität (Quijano 2000) und um noch weiter zu gehen: „Modernity was born already in crisis. Modernity is crisis“ (Barreto 2013, 28). Die Schrecken des Kolonialismus, zu denen zahlreiche Genozide gehören, wie etwa der „Indogenocide“ (Evans/Thorpe 2001), also die Vernichtung von schätzungsweise bis zu 95 Prozent der Indigenen Bevölkerung Amerikas (Barreto 2014) und die des Holocausts sollten dabei aber nicht *vergleichend* nebeneinander gestellt *und* eine Hierarchie daraus entwickelt werden. Vielmehr sollten zum einen die Menschenrechte als eine Reaktion auf alle Massaker der Vergangenheit gesehen und zum anderen die Verwobenheit beider Genozide erkannt werden. Die Verstrickungen dieser historischer Ereignisse wurde lange missbilligt und scharf kritisiert (Zimmerer 2013). Sie erhielten aber auch Zuspruch, wie etwa von Arendt, die nach dem Holocaust feststellt, dass „bereits vor einem halben Jahrhundert [...] vom Imperialismus als Vorläufer des Nationalsozialismus“ (ebd., 141) gesprochen werden muss. Die Biopolitik und der Sozialdarwinismus sind neben der massenhaften Vernichtung und der Installation von Konzentrationslagern weitere Kontinuitäten (Mamdani 2001). Der Zivilisationsbruch des Holocaust bestand vielmehr „in der Systematik und der kaltblütigen Vorbereitung und der Berechnung des Massenmords sowie der Tatsache, dass der Völkermord auf europäischem Boden und nicht in den überseeischen Kolonien stattfand“ (Varela/Dhawan 2015, 77).

Anlehnend an solche und weitere Perspektiven, appellieren die Postkolonialen Theorien für eine Neuschreiben und Neuinterpretation der Geschichte (Barreto 2013), von der „importance of a de-Westernization and the true universalization of human rights“ (Svensson 2002, 26). Aus dieser Perspektive wird der Widerstand der kolonisierten Subjekte gegen die Gewalt der Kolonialmächte bis in die Gegenwart beleuchtet (Sassen 2008; Rajagopal 2003). Die Tradition des Naturrechts und der Menschenrechte in den kolonisierten Teilen der Welt sollte als eine wirksame Utopie für die dortigen Widerstände in der Geschichte wie auch der Gegenwart erkannt werden und wie anti-kolonialen Kämpfe ebenso den europäischen Ansatz der Menschenrechte beeinflusst haben. Befreiungstheologen wie Bartolomé de las Casas waren einer der Vorboten des modernen Völkerrechts, indem sie die koloniale Barbarei für Unrecht erklärten und jedem Menschen auf Grund seines Verstandes Rechte zu sprachen (Barreto 2013; Varela/ Dhawan 2015). An dieser Stelle sei angemerkt, dass Las Casas in seinen Theorie nicht unumstritten ist. So verteidigte er zunächst das Recht der Indigenen Amerikas und forderte zugleich anstatt ihnen, Schwarze Afrikaner\_innen zu versklaven. Eine Aussage, die er später auch bereute. LÜCKE Die formelle Dekolonisierung Amerikas, Asiens und Afrikas setzte im 19. Jahrhundert ein und wurde zu einem nicht mehr aufzuhaltenden Phänomen, wodurch der Imperialismus in den 1930er Jahren in eine Krise geriet.

Die Befreiungskämpfe waren begleitet von dem Bewusstsein über die Widersprüche des europäisch humanitären Anspruches, inklusive der Menschenrechte, und den begangenen Gräueltaten der Empires wie auch der lokalen Autoritäten in den Kolonien.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) wurde im Jahr 1948 verabschiedet als Reaktion auf die Erfahrungen des Totalitarismus des Zweiten Weltkrieges, insbesondere des Holocausts. Die AEMR wurde unterteilt in drei Generationen und die zeitliche Abfolge, in der sie verabschiedet wurden, bezeichnet. Da der Generationen-Begriff eine Hierarchisierung impliziert, wird inzwischen vorgezogen von Dimensionen zu sprechen. Die erste Dimension umfasst dabei klassische staatsbürgerliche und politische Freiheitsrechte. Dem schließen sich wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte an. Zuletzt kommen Rechte wie die auf Entwicklung, eine lebenswerte Umwelt und dem Recht auf Frieden. Letztere haben keinen rein individuellen Charakter, sondern auch einen kollektiven. Die Inhalte der ersten Dimension wurden schon in der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und der Französischen Revolution erklärt. Viele völkerrechtliche Verträge, wie etwa der „Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ und die „Europäische Menschenrechtskonvention“, beinhalten diese Rechte. Diese umfassen u.a. das Recht auf Leben, Folter- und Sklavereiverbot wie auch Rechte zur politischen Beteiligung und Freiheitsrechte, worunter die Rechte auf Meinungs-, Religions- und Versammlungsfreiheit fallen. Individuen können diese Rechte vor nationalen Gerichten und internationalen Kontrollgremien einklagen. Die zweite Dimension der AEMR umfasst vor allem Arbeitsschutznormen, wie z.B. ein Mindestalter für gewerbliche Arbeit. Die letzte Dimension umfasst weniger konkrete Inhalte. Unter diese fallen das Recht auf Entwicklung, dessen Ziel „ein Entwicklungsprozess [ist], in dem die Gesamtheit aller Menschenrechte in aufeinander aufbauenden Schritten gemeinsam umgesetzt wird“ (Lohmann/Pollmann 2012, 229).

Die Widerstände in den 1960er Jahren, wie u.a. der in Nigeria, war von einer Menschenrechtsbewegung geprägt, dabei bildeten diese Rechte die Legitimation für die Unabhängigkeit selber. Rechte wie das auf Selbstbestimmung und Gleichheit, die zu den Grundbausteinen des gegenwärtigen internationalen Rechtes und der Menschenrechte gehören, waren hauptsächlich Resultat dieser Kämpfe. Diese sind heute u.a. in der International Labour Organisation Nummer 169 (ILO 169) aus dem Jahr 1989 wiederzufinden, welche die Selbst-Bestimmungsrechte (wie die Form der ökonomischen Modelle und kultureller Entwicklung) von indigenen Bevölkerungsgruppen umfassen und einen kollektiven Charakter haben (vgl. Dritte Dimension der AEMR) und stehen somit in ihrer Adressierung in einem Kontrast zu den traditionellen Menschenrechten, die einen individuellen Charakter haben. Die späte Deklaration solcher Rechte – wie auch die Erklärung internationaler Übereinkommen zur Beseitigung jeder

Form von Rassendiskriminierung von 1963 – sind Zeichen für den eurozentristischen Ansatz der Erklärung von 1948. Ebenso die westliche Herangehensweise über Rationalität, anstatt über Gefühle, zeigt aus welcher Perspektive diese geschrieben wurden und dadurch den Blick für die Verbindung von Gefühlen und der vom Imperialismus ausgehenden Gewalt verschränken. Die Trennung von Gefühlen und Verstand war konstitutiv für den Kolonialismus (Barreto 2013). Die noch ausbleibende Universalisierung der Menschenrechte in ihrer Praxis steht noch aus, aber auch in der Theorie wurden Personengruppen wie etwa Menschen mit Behinderung bis in das Jahr 2008 schlichtweg außen vorgelassen<sup>8</sup>. Daher muss die Perspektive der AEMR nicht nur unter dem Aspekt Eurozentrismus/Rassismus kritisch betrachtet werden, sondern ebenso unter dem von bspw. Ableismus samt seiner Kontinuität zum Kolonialismus und zum Holocaust. So stellte der katholische Moraltheologe und Naturrechtslehrer Francisco de Vitoria Indigene auf Grund ihres - seiner Ansicht nach - geringen Verstandes auf die gleiche Stufe mit Menschen mit kognitiven Behinderungen und sprach ihnen daher die Fähigkeit der Selbstbestimmung ab (De Vitoria 1991). Im Holocaust nahm die Entrechtung solch verheerendere Ausmaße an, dass im Kontext der Aktion T4 über 70.000 Menschen mit Behinderung systematisch ermordet wurden.<sup>9</sup>

Eine dekoloniale Perspektive auf Menschenrechte und ihre Entstehungsgeschichte zeigt, dass diese kein Geschenk des Westens an den Rest der Welt (Baxi 2002) oder besser an den Teil der Welt ist, der faktisch aber von diesen immer noch ausgegrenzt wird. Vielmehr ist eine Agency und Autorenschaft der Menschenrechte in den anti-kolonialen Widerstandskämpfen zu suchen und dort auch auffindbar. Ebenso stand und steht die europäische Menschenrechtstradition mit derjenigen des Globalen Südens in Austausch. So sind die dortigen Widerstände heute eine Inspirationsquelle für gegenwärtige Kämpfe, wie etwa die gegen die Austerität, worauf im Kapitel 2.3 näher eingegangen wird. Des Weiteren wurden diverse Mittäter der Franco-Diktatur nicht in Spanien, sondern in Argentinien verurteilt (Zelik 2015). Zuletzt konnte in Guatemala beobachtet werden, dass elementare Fortschritte in der Umsetzung der Menschenrechte auch aus dem Globalen Süden kommen. Dort kam es im Jahr 2014 nämlich zur ersten Verurteilung eines Genozid-Verantwortlichen und zwar in dem Land, in dem dieser stattfand.<sup>10</sup> Dem Urteil ging eine lange, selbstorganisierte Menschenrechtsbewegung von der dortigen indigenen Bevölkerung voraus.

## **2.2 b Eine rechts-anthropologische Problematisierung der Menschenrechte: Dialektik, Chancen und Instrumentalisierung der Menschenrechte in Theorie und Praxis**

In den gegenwärtigen liberalen Demokratien sind Menschenrechte zu einer „Art Dogma“ geworden (Schmidt 2014, 17), unausgesprochen vorausgesetzt und definieren das Sag- und Denkbare

(Hoffmann 2010, 7). Dabei gelten sie als neutral, rational und natürlich (Douzinas 2007). Diese „metaphysische Abstraktion“, wie es Stammers nennt, funktioniert unabhängig von jedem sozialen Kontext. Dabei wird ein zeitloses Verständnis von Menschenrechten errichtet und verdeckt letztlich die soziale Welt anstatt diese zu verstehen (Stammers 1999). In diesem Verständnis wird der Staat als tragende Institution bei der Wahrung der Menschenrechte betrachtet, was ausspart, dass der Nationalstaat zur größten Bedrohung dieser geworden ist (Eckert 2010). Zum anderen werden „nicht-gesetzliche“ und vor-institutionelle Formen der Menschenrechte außen vorgelassen (Stammers 1999). Der sozial-konstruktivistische Ansatz hingegen interpretiert die Menschenrechte als einen Prozess (Grukel/Pieper 2007), die erst vom Menschen erschaffen, verändert und zum Ausdruck gebracht werden (Stammers 1999).

Zu den Akteuren des Menschenrechtssystem/-regime gehören allen voran die Nationalstaaten. (Inter)nationale Verträge, wie u.a. die Genfer Flüchtlingskonvention, und (global agierenden) Institutionen, zu denen der mitunter der Internationale Gerichtshof in den Haag gehört, zählen zu weiteren Instrumenten und Akteuren bei der Verteidigung der Menschenrechte. Neben diesen mächtigen Institutionen gibt es auch nicht-staatliche Akteure, die in sozialen Bewegungen organisiert sind, worunter auch selbstorganisierte Asylsuchende oder Krisenbetroffene gehören, die neue Rechte aber auch die Einhaltung bereits bestehender einfordern und den fortschreitenden Abbau verhindern (wollen). Ihnen wird oftmals nur die Rolle zugeschrieben, Rechte lediglich einzufordern und die unzureichende Umsetzung zu kritisieren. Als Produzierende von Recht werden sie daher oft nicht anerkannt (Stammers 2009). Was für eine problematische Rolle NGOs und internationale Organisationen bei der Verteidigung einnehmen können, wird weiter unten unter dem Begriff des humanitären Regierens betrachtet. Die Bedeutung von NGOs zeigt zudem, dass das Menschenrechtsregime schon lange in den zwischenstaatlichen Raum der Politik vorgedrungen ist. Des Weiteren ist eine geographische Streuung im außereuropäischen Raum zu verzeichnen. Diese Entwicklung begann allerdings schon zu Zeiten der anti-kolonialen Kämpfe, also lange vor der Etablierung von Organisationen wie Amnesty und Médecins Sans Frontières. Es zeigt sich, dass der Staat, wenn er auch dominierend bleibt, nur ein Teil einer breiten Dynamik der Menschenrechte ist. Die tragende Rolle von Nationalstaaten im Kontext der Menschenrechte wird deutlich, wenn betrachtet wird, dass ihr universeller Geltungsbereich in Kontexten nationaler Grundrechte erst umgesetzt wird. Jedoch sehen sich die partikularen Nationalstaaten in erster Linie den eigenen Staatsangehörigen gegenüber in der Pflicht. Dies stellt einen immer wiederkehrenden Konflikt da und bringt zudem auch die von Hannah Arendt angeregte Diskussion der Staatenlosigkeit auf (Arendt 1949). Besonders verletzte Gruppen stellen in diesem Kontext Asylsuchende und Illegalisierte da. In diesem Konflikt stellt Arendt die These auf, dass es dem „Recht, Rechte zu

besitzen“ bedarf, um eine Voraussetzung für die Einhaltung von Asyl- und Bürgerrechten zu garantieren. Durch den Entzug oder durch das Nicht-Besitzen einer Staatsangehörigkeit und den damit einhergehenden Verlust von Bürgerrechten, bleibt dem Menschen nichts als sein „nacktes Leben“, er wird zum lebenden Toten, zum homo sacer, wie Agamben es formuliert (2002). In der politischen Ordnung des Nationalstaat ist der „Mensch an sich“ nicht vorgesehen. So hält Arendt fest: „[Als] Gleiche sind wir nicht geboren, Gleiche werden wir als Mitglieder einer Gruppe erst kraft unserer Entscheidung, uns gegenseitig gleiche Rechte zu garantieren“ (Arendt 1949, 764), woraus sie ableitet, dass es „das Recht jedes Menschen auf Mitgliedschaft in einem politischen Gemeinwesen“ (ebd., 760) geben muss. Der Anspruch auf die Mitgliedschaft einer politischen Gemeinschaft wird dabei aus der Menschenwürde abgeleitet, wobei die Umsetzung dieses Anspruches die Menschheit selber garantieren muss. Ob dies möglich ist, lässt sich nicht prognostizieren (Arendt 2008). Ein Blick in das internationale Recht zeigt jedoch, dass dieser aufgestellte Grundsatz von „Recht, Rechte zu besitzen“ nicht gewährt ist. Denn ein Recht auf Asyl gibt es so nicht. Aus der Genfer Flüchtlingskonvention und den europäischen Grundrechten lässt sich lediglich ein objektiv-rechtliche Garantie ableiten, welche sich aus dem Wortlaut der AEMR ableitet, in der es heißt: „Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgungen Asyl zu suchen und zu geniessen“<sup>11</sup>. Nationalstaaten hingegen können ein solches Recht installieren, wie es im deutschen Grundgesetz in Art. 16a, Abs. 1 der Fall ist („Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“). Auch hier wird die Einschätzung, wer als politisch verfolgt gilt, nationalstaatlich entschieden. Ein weiteres großes Problemfeld sind die Dublin-Verordnungen (welche die Zuständigkeit für die Schutzsuchende regeln), da die nationalen Asylsysteme unterschiedlicher Qualität sind und systematische Mängel aufweisen. So wird vielfach gegen Art. 3 der Europäischen Menschenrechtskommission, das Verbot der Folter, wie auch gegen Art. 33 der Genfer Flüchtlingskonvention, das Non-Refoulement-Verbot<sup>ii</sup>, verstoßen.

Die Figur des Geflüchteten könnte wie keine andere die Menschenrechte verkörpern, legt aber paradoxerweise die radikale Krise offen, da diese Rechte an nationale Zugehörigkeit gebunden sind. Der Begriff des Flüchtenden wird somit zu einem „Grenz-Begriff, der die Prinzipien des Nationalstaats radikal in Frage stellt“ (Agamben 2003, 14). In der Theorie wie auch in der Praxis ist es ein Gut, das nicht jeder\_m zu Teil wird, daher muss von einer distributiven Gerechtigkeit die Rede sein, die zugleich eine „begrenzte Welt“ voraussetzt (Walzer 1992). Auch Soysal (1994) verweist auf den Widerspruch von nationaler Souveränität und universellen Menschenrechten. Auch

---

ii Ausweisungs- und Zurückweisungsverbot eines Schutzsuchenden in ein Land, wo „sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmte sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde“, Art. 33 der Genfer Flüchtlingskonvention

wenn die Aushandlung von Rechten zunehmend einen transnationalen Charakter bekommen, bleibt die Handhabung individueller Rechte von Land zu Land unterschiedlich. Es lässt sich festhalten, dass Asyl je nach nationalen Kontexten gewährt werden *kann*, jedoch durch die abgeschotteten Grenzanlagen der Zugang verhindert werden soll. Damit wird die Möglichkeit auf Asylgesuch faktisch vielfach verhindert und ein gelungener Grenzüberschritt kriminalisiert. Die Verflechtungen von internationalem mit nationalem Recht haben das Rechtssubjekt, also den\_ die Staatsbürger\_in, transformiert. Trotz fortschreitender Ausgrenzungen konnten die Ausgegrenzten auch immer wieder die Geschichte beeinflussen. Dies zeigten die anti-kolonialen Kämpfe, aber auch die von Illegalisierten, was mitunter zu einer Vervielfältigung von politischen Subjekten geführt hat (Sassen 2008). Nationalstaaten und Grenzen bedingen einander. Zugleich sind die Menschenrechte in ihrer Umsetzung auf den Nationalstaat weites gehend angewiesen, der zugleich das Recht auf Grenzsicherung hat. Damit stehen der Nationalstaat als solche in einem dialektischen Verhältnis zu Menschenrechten. Eine weitere Paradoxie in der Menschenrechtspraxis wird an der Grenze selber deutlich: Grenzen können durch Menschenrechte stabilisiert werden, wenn diese moralisch ausgelegt werden und diese Interpretation die entscheidende Antriebskraft ist (Fassin 2012). Dabei wird in legitime und illegitime „Träger\_innen von Menschenrechten“ (Sandvik 2009, 231) unterteilt. Die Form des humanitären Regierens (Fassin 2007) ist eine Sammlung von Prozeduren und Handlungen, die dem Erhalt der gesellschaftlichen Ordnung und dem Management der Bevölkerung dienen. Akteure dieser Politik sind Staaten wie auch NGOs und internationale Organisationen. In dieser moralischen Auslegung der Menschenrechte wird laut Renault (2012) das Leiden der Menschen nicht gesellschaftlich kontextualisiert. Stattdessen werden Begriffe wie „Herrschaft und Ungerechtigkeit verdrängt [...] zugunsten von Begriffen wie 'Schicksal' oder eben 'Leid'“ (Schmidt 2015, 10). Ein politisches Verständnis war in der Vergangenheit und Gegenwart hingegen ein Mittel der Sensibilisierung und politischer Praxis (Schmidt 2015, 11), was sich in der Empirie der vorliegenden Arbeit auch gezeigt hat. Dabei hat sie eine Art Türöffnerfunktion bzw. ist eine kommunikative Strategie bei der Kommunikation/Auseinandersetzung mit der Mehrheitsgesellschaft.

Ein Blick auf den Raum innerhalb der Grenzen verlangt ebenso nach einer kritischen Perspektive auf die Anwendung und Anwendbarkeit der Menschenrechte, wie am Beispiel des Aufenthaltsrecht sehr deutlich wird. Ist der Grenzübergang erst einmal geschafft, sind die Betroffenen mit etlichen restriktiven Gesetzgebungen konfrontiert. Darunter zählen in Spanien unter anderem die Form der Unterbringung in den sog. Centros de Estancia temporal de Inmigrantes (Kurzfristige Unterkunftszentren für Migranten), wo auf engstem Raum regulär bereits mehrere hundert Menschen - aber auch weit über diese Kapazitäten hinaus - untergebracht werden. Die

Bewohner\_innen sind vielfach rassistischer Diskriminierung ausgesetzt. Die Situation in den Centros de Internamiento de Extranjeros (Zentrale Verwahranstalt für Ausländer) ist noch kritischer und daher auch ein Fokus in der Verteidigung von Menschenrechten in Spanien. Die medizinische und soziale Versorgung in Ländern wie Spanien, aber auch Deutschland, liegt laut dem Gesetz teils deutlich hinter denen für Staatsangehörige, weshalb sich die Frage stellt, ob bei der Menschenwürde bei unterschiedlichen Personengruppen mit verschiedenem Maße gemessen wird und inwiefern dies menschenrechtlich vertretbar ist (Classen/Kanalen 2010). Im Zuge der Finanzkrise dokumentieren Menschenrechtsberichte aus dem Süden Europas die verheerenden Folgen der Sparpolitik, worauf in den Kapiteln 2.2 und 2.3 näher eingegangen wird. So wurde eine verfehlte Integration der europäischen Märkte und den daran anschließenden Austeritätspolitik zu einem weiteren Motor von Menschenrechtsverletzungen innerhalb der Grenzen. Aus diesen ungleichen Rechten resultiert ein Raum, den Balibar als "Europe as a borderland" bezeichnet (2005). Auch Sassen weist darauf, dass der Zugang zu Ressourcen die uneingeschränkte Partizipation von Staatsbürger\_innen bedingt, "kurzum, die formalrechtliche Staatsbürgerschaft bringt nicht immer umfassende und gleiche Zugehörigkeit mit sich, weil diese Rechte häufig durch die Position unterschiedlicher Gruppen innerhalb eines Nationstaates festgelegt sind" (Sassen 2008, 466).

Es wird ersichtlich, dass die Menschenrechte in einem breiten Spektrum Anwendung finden: von der Instrumentalisierung dieser selbst als hegemoniales Mittel zur Durchsetzung imperialer Interessen (Hoffmann 2010), als eine Form des humanitären Regierens, aber auch als Mittel indigener, anti-imperialistischer und anti-hegemonialer Kämpfe (Brysk 2013). Diese Ansichten ergänzen einander, stehen sich aber auch konkurrierend gegenüber. So verschleiert eine rein anti-imperiale Lesart des Menschenrechtsregimes die genannten indigenen Widerstände, die mitunter auch anti-imperialistische Ansätze haben (Stammers 2009). Somit umfasst die Wirkkraft der Menschenrechte ein breites Spektrum. So sind sie zum einen Mittel wirtschaftlicher oder politischer Unterdrückung, wie die Praxis des europäischen Grenzregimes zeigt, zum anderen haben diese auch das Potential Menschen zu ermächtigen, sodass sich diese gegen normative Ordnungen stellen (Buckel u.a. 2014). Es wäre somit vereinfachend, die Menschenrechte nur als „gut“ oder „schlecht“ einzuordnen und würde ihre Wirkkraft nur verschleiern. Stattdessen muss ihr ambiger Charakter herausgestellt werden.

## 2.2 c Die aktuelle Menschenrechtssituation in Spanien und Marokko

Im Folgenden wird die Menschenrechtssituation in Spanien und Marokko betrachtet. Grundlage dabei sind die Berichte von Amnesty International<sup>12</sup>, European Country of Origin Information Network<sup>13</sup> und Human Rights Watch<sup>14</sup>. Marokko wird als ein mit der EU und insbesondere mit Spanien unmittelbar kooperierender Anrainerstaat betrachtet. Die Grenzen zwischen Marokko und den spanischen Enklaven Melilla und Ceuta werden dabei von den Sicherheitseinheiten beider Ländern bewacht. Das Agieren des spanischen und marokkanischen Regierungen ist aber nicht als eine von der EU getrennte Praxis zu verstehen. Spanien steht neben den eigenen nationalen Interessen auch vor der EU in der Pflicht die Grenzen nach außen unter Kontrolle zu halten und wird dabei auch finanziell unterstützt. Die Berichte behandeln unterschiedlichste Felder, wie die der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Folter und andere Misshandlungen, Rechte von Geflüchteten und Migrant\_innen, Antiterrormaßnahmen und Sicherheit, Diskriminierung, Gewalt gegen Frauen, Straflosigkeit, sexuelle und reproduktive Rechte und das Recht auf Wohnen. Im folgenden wird der Schwerpunkt auf den Punkten liegen, die auch im Feld eine höhere Relevanz hatten.

Eine tragende Rolle hat die Einführung der Reformen des „Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit“ sowie des Strafgesetzbuchs. Diese Änderungen haben einen enormen Einfluss auf die freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung. Ebenso wurde eine weite Auslegung des Terrorbegriffes eingeführt, was zu einer Einschränkung der Meinungsfreiheit geführt hat. Zudem wurden „örtliche und zeitliche Beschränkungen für Demonstrationen sowie zusätzliche Strafen für spontane Demonstrationen vor bestimmten öffentlichen Gebäuden“<sup>15</sup> eingeführt. Der Ermessensspielraum bei der Verhängung von Strafen bei „respektlosem“ Verhalten gegenüber Polizist\_innen ist breit angelegt. Die Dokumentationen über die Rechte von Geflüchteten und Migrant\_innen nimmt in den Berichten den wohl größten Teil ein. Der Fokus liegt dabei auf der Gewalt an den Außengrenzen. So kam es immer wieder zu Kollektivabschiebungen durch die Polizeieinheit Guardia Civil, wodurch den Flüchtenden keine Möglichkeit auf die Beantragung von Asyl gewährt wurde. Außerdem gibt es Berichte über verbale Beschimpfungen und physische Misshandlungen im Centro de Estancia temporal de Inmigrantes (Kurzfristige Unterkunftszentren für Migrant\_innen) in Barcelona und Madrid. Zudem wurde im März 2015 das Ausländerrecht dahin gehend geändert, dass Kollektivabschiebungen an den Grenzen erlaubt sind, was jedoch gegen geltendes internationales Recht verstößt. Die Anzahl der versuchten Grenzübergänge nahm zudem stark ab, da die marokkanischen Sicherheitskräfte mehrere provisorische Lager, die von Migrant\_innen bewohnt wurden, aufgelöst haben. Mehrere Verfahren wegen Verstoß des non-

refoulement-Gebots<sup>iii</sup> gegen den spanischen Staat, wurden eingestellt. Die Gründe dafür waren, da die verantwortlichen Beamten nicht eindeutig zu identifizieren waren. Womit zahlreiche schwere Körperverletzungen und Ermordungen nicht juristisch aufgearbeitet wurden. Die deutlichen Überbelegungen der Auffanglager ist ein weiterer Kritikpunkt in den Berichten. Das Recht auf Wohnen wurde auch im Jahr 2015 in etlichen Fällen gebrochen, so kam es zu 52.350 Zwangsvollstreckungsverfahren. Die Maßnahmen der Regierung zur Verbesserung der Situation derjenigen, denen der Verlust ihres Zuhause droht, boten jedoch keinen wirksamen Rechtsbehelf. Im Juni 2015 forderte der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte Spanien auf, jenen einen Zugang zu Rechtsmitteln zu gewähren, welchen eine Zwangsvollstreckung droht.

Die Reporte zu Marokko umfassen vor allem Bereiche wie die der Meinungsäußerung, der politischen Partizipation (etwa bei Versammlungen), Folter und Repressionen gegenüber Menschenrechtsaktivist\_innen. So wurden Journalist\_innen „aufgrund offensichtlich konstruierter Anklagen für schuldig befunden“<sup>16</sup> und Menschenrechtsaktivist\_innen werden strafrechtlich verfolgt. Darüber hinaus kam es zu Ausweisungen von Mitarbeiter\_innen von Amnesty, die zur Situation von Migrant\_innen an der marokkanisch-spanischen Grenze recherchiert haben. Menschenrechtsorganisationen erhielten nicht die nötigen Unterlagen von den Behörden, um ihrer Arbeit nachgehen zu können. Die exzessive Gewalt an den Grenzen durch die marokkanische Sicherheitspolizei wurde ebenso dokumentiert. Auch wurden Razzien nahe des Grenzraumes durchgeführt, bei denen Asylsuchende zu Tode kamen.

### **2.3 Spaniens Geschichte aus einer krisenorientierten Perspektive**

Im folgenden wird in einem kurzen Abriss die Geschichte Spaniens nachgezeichnet; der Fokus liegt auf den für das Thema relevanten Aspekten.

Grundlegende Probleme und Konfliktlinien Spanien reichen historisch weit zurück. Die späte Modernisierung prägt noch heute politische und ökonomische Strukturen des Landes. In der Epoche des Kolonialismus, welche für Spanien mit dem sog. Siglo de Oro, dem goldenen Zeitalter, im Jahr 1492, begann, bereicherte sich Spanien durch die Plünderungen der Kolonien und baute zugleich kaum Manufakturen. So kam es erst im 19. Jahrhundert zu einer ausgeprägteren Entwicklung der Industrie. Schon in dieser Zeit waren die Wirtschaften des Baskenlands und Kataloniens stärker und in der Tendenz unabhängig vom Zentrum Madrid. So zeichneten sich schon

---

iii Nicht -Zurückweisungsgebot auch genannt, bei dieser illegalen Praxis der Abschiebung kommt es zu keiner Prüfung des Asylgesuchs

in dieser Zeit die Konfliktlinie zwischen den Unabhängigkeitsbewegungen und dem Zentralstaat ab. Der moderne Nationalstaat bildete sich durch lange Vorherrschaft der Monarchie und aufgrund von inner-staatlichen Machtkämpfen nicht heraus. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts steckte Spanien in einer desolaten Situation. Nach dem Verlust der letzten Kolonien (Kuba, Puerto Rico und die Philippinen) war das Königreich völlig zerfallen, die Macht der Feudaleliten jedoch nicht gebrochen. Die Ökonomie war rückständig und der kulturalistische Nationalismus verfolgte in der Peripherie eine zentralistische Assimilationspolitik (Zelik 2015). Die ausbleibende Transformation zur Demokratie war eine weitere grundlegende Eigenschaft des Spaniens des 20. Jahrhunderts. Die Impulse hin zu einer Republik wurden mit Gewalt beantwortet. Nach einer Phase des Staatsterrors und anhaltenden sozialen und politischen Konflikten in den 1920ern wurde 1931 die Republik ausgerufen, nachdem bei vorangegangenen Kommunalwahlen das Bündnis von Republikanern und Linken einen überwältigenden Sieg einfahren konnte. Nach weiteren Jahren der Unruhe, in denen rechtspolitische Kräfte die Demokratisierung weiterhin blockierten, kam es im Juli 1936 zu einem Putsch durch das faschistische Militär unter Führung der Generäle Francisco Franco und Emilio Mola mit der Unterstützung Nazi-Deutschlands und des faschistischen Italien. Dies war zugleich der Beginn des Bürgerkrieges, der über eine halbe Million Opfer forderte und noch mehr Menschen in die Flucht trieb. Der internationale Widerstand gegen spanischen und europäischen Faschismus wurde in Spanien niedergeschlagen und so war das Land von 1939 bis 1975 unter Franco eine Diktatur. Unabhängige Organisationen wurden verboten und Widerstandskämpfer\_innen wurden noch in den letzten Tagen der Diktatur gefoltert und hingerichtet. Zehntausende Menschen gelten noch heute als vermisst.<sup>17</sup> Das politische System dieser Zeit ist eine „Verbindung aus Rechtskatholizismus, faschistischer Ideologie und den Klasseninteressen traditioneller Eliten [...] - Antimoderne als autoritäres Projekt“ (Zelik 2015, 20 f.). Bis heute hat die Kirche noch einen enormen Einfluss auf die Politik, was weniger mit dem (geringen) Alltagskatholizismus der Bevölkerung zu tun hat, sondern mit den von Franco geschaffenen Machtstrukturen. Ebenso bildet der Zentralismus eine bis in die Gegenwart wirkende Kontinuität, sodass die Unabhängigkeitsbewegungen der Peripherien weiterhin von politischer Relevanz sind und im Baskenland in einen bewaffneten Widerstand mündeten. Dieser und andere Teile der radikalen Linken bildeten in den 1950ern die einzige Opposition gegen das Regime, welche sich in den 1960ern von den Widerstandskämpfen aus dem Globalen Süden beeinflussen ließ. Die Euskadi Ta Askatasuna (Baskenland und Freiheit), kurz ETA, begreift sich zudem als anti-koloniale Befreiungsbewegung und orientiert sich an dem Widerstand in den (ehemaligen) Kolonien. Nachdem Franco 1975 in hohem Alter verstarb, wurde die Phase der Transición, der Demokratisierung, eingeleitet, die sich bis 1982 erstreckte. An diesem Prozess waren maßgeblich

Funktionäre der Diktatur beteiligt, so dass es auch nicht verwundert, dass die Strukturen dieser Zeit noch bis heute negativ nachwirken. So wurde die Monarchie nie abgeschafft. Die Partido Popular (Volkspartei), die zuletzt die Regierung gebildet hat, ist aus „dem rechten, demokratisierungsfeindlichen Teil der Eliten hervor [gegangen] und wersetzt[e] sich noch 1977 der Einführung der Meinungs- und Organisationsfreiheit“ (Zelik 2015, 29). Der Einfluss des Militärs, dessen Führungspersonal - wie auch das der Justiz und der Wirtschaft - nie ausgetauscht wurde, wirkte auch in der Transición weiter nach. So drohte es immer wieder mit einem Putsch, folterte und tötete weiterhin Oppositionelle. Von staatlicher Seite aus wurden die Verantwortlichen der Diktatur nie vor Gericht gebracht. Durch diese Form der Verarbeitung der Diktatur bzw. Nicht-Verarbeitung ist „die Bevölkerung also gar nicht in der Lage, souverän zu agieren, weil die wirkliche und erinnerte Drohung der Staatsgewalt omnipräsent ist“ (Zelik 2015, 31). Die breite spanische Öffentlichkeit sollte erst durch die 15M Bewegung, eine Anti-Austeritätsbewegung, wieder von dem zweifelhaften Charakter der Transición sprechen. Eine umfassende gesellschaftliche Aufarbeitung bleibt jedoch bis heute aus. Die Globalisierung begann in den 1980ern auch starken Einfluss auf die spanische Wirtschaft zu nehmen. Von 1980 bis 2012 ging der Anteil der in der Industrie Beschäftigten von 35,9 % auf 20,7 % zurück<sup>18</sup>. Der Beitritt zur EU hatte in der Agrarwirtschaft ebenso einen Strukturwandel zur Folge. So konnten kleine Bauernbetriebe nicht länger bestehen bleiben. Die Arbeitslosigkeit stieg mit 25 % rasant an. Bis in die 90er ist das Land immer wieder von Krisen betroffen, erholte sich jedoch auch immer wieder, wodurch die Arbeitslosigkeit kurz vor dem Beginn der Immobilienkrise 2008 unter 10 % lag. Soziolog\_innen sprachen daher vom Abschied eines „Jahrhunderts des Pessimismus“ und vom Ende einer „Aufeinanderfolge von irreführenden Sonderwegen, Dekadenz und Niedergang“ (Bernecker 2006, 203). Stattdessen würden „Optimismus, wirtschaftliche Dynamik, demokratische Stabilität und europäische Zugehörigkeit“ Spanien bestimmen (ebd., 203). Zuvor entwickelte sich eine neoliberale Wirtschaftspolitik, die sich an der Bush-Regierung in den USA orientierte, bei der die Immobilienspekulation und Korruption im Zentrum standen. Der Einfluss der USA auf das europäische Land geht ebenso auf die Zeit des Franco-Regimes zurück, welches durch die US-Regierung unterstützt wurde. Durch den Euro-Beitritt fielen die Zinsen auf ein Rekordtief, was auch bei einem niedrigen Einkommen den Erwerb eines Hauses ermöglichte. Kredite wurden auch ohne Eigenkapital vergeben und der Bausektor florierte. Seit Anfang der 1990 stieg die Anzahl an Neubauten von 90.000 auf 230.000 im Jahr 2006<sup>19</sup>. Das Finanzsystem hielt das Geld billig und motivierte zur Kreditaufnahme. Expert\_innen von EU, IWF und OECD hielten derweil Spanien für ein stabiles Modell. Diese falsche Annahme und die immense Korruption, die ihre Wurzeln bis in das Franco Regime hat und der sich konservative wie auch links-mitte Parteien bedienen, sollten

jedoch in Spaniens schwerste Finanzkrise der Neuzeit führen. Die ersten Massenproteste entzündeten sich zudem an der Korruption. Die einseitige Wirtschaft, die sich lange auf Agrarwirtschaft und später Tourismus und Bausektor konzentrierte, wurde über Jahrzehnte von der EU finanziell gefördert. So flossen fast 40% der EU-Strukturförderung in spanische Bauprojekte. Von 1986 bis 2004 sind die Agrarsubventionen an das Land zudem um das 30fache gestiegen (Bernecker 2006). In dieser Phase wurde Spanien zu einem der attraktivsten Zielländer für Migrant\_innen weltweit, zeitgleich wurde der Grundstein der Militarisierung der Außengrenzen gelegt und so begann das Errichten der Mauern um die Enklaven Ceuta und Melilla im Jahre 1993. Die Verbindung von Migrations- und Grenzpolitik mit der Wirtschaft wird hier sehr deutlich. Dies bedeutete aber keinesfalls, dass der spanische Staat von der oftmals propagierten unkontrollierten Migrationsflut Anfang der 2000er „überschwemmt“ wurde. Die Irregularität war vielmehr ein utilitaristisches Modell der Migrationspolitik, wurden doch gerade im Bau- und Agrarsektor günstige Arbeitskräfte dringend gebraucht. Diese Politik geriet aber Anfang der 2000er in eine Krise auf Grund scharfer politischer und gesellschaftlicher Debatten um diese. Dies führte im Süden des Landes zu pogromähnlichen Angriffen auf die dortige migrantische Bevölkerung und deutlichen Gesetzesverschärfungen seitens der Partido Popular Regierung. Erst 2006 begann die Phase des „Migration Managements“, was zu einer verstärkten Militarisierung und Externalisierung der Außengrenzen führte (Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa 2014), womit Spanien eine Vorreiterrolle in der Ausgestaltung europäischer Migrationspolitiken einnimmt. Die starken neoliberalen Einflüsse in der Migrationspolitik sind mit der „Reorganisation und Modernisierung der spanischen Wirtschaft im Sinne eines liberal-reformistischen Kapitalismus“ (Bernecker 2006, 123) nach dem Ende des Franquismo zu erklären. Die Transición führte somit vielmehr zu einer neoliberalen Umgestaltung denn zu einer Demokratisierung der Gesellschaft, deren oppositioneller Teil noch Ende der 1970er Jahre in einer hohen Zahl durch Folter und Mord eingeschüchtert wurde. Aus den aktuellen Menschenrechtsberichten ist dieses Thema noch immer nicht verschwunden. Die Finanzkrise im Jahr 2008 sollte die schon vorhandenen repressiven Elemente der Grenzpolitik lediglich noch verstärken. Aber weniger die wirtschaftliche Lage führte dazu, dass die irregulären Ankünfte auf den Kanaren oder den Enklaven von 2006 bis 2009 stark zurückgingen, sondern vielmehr eine verschärfte Grenzkontrolle, wozu auch die Zusammenarbeit mit Frontex gehört (Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa 2014). Spanien wurde im Zuge dieser Entwicklung von einem Zielland zunehmend zu einem Transitland, was wiederum stark mit der wirtschaftlichen Lage zusammenhängt. Die desaströse Entwicklung der Wirtschaft deutete sich bereits im Jahr 2007 an, also lange vor den Sparmaßnahmen, als die US-Bank Lehman Brothers pleite ging. Die spanische Wirtschaft hatte sich vom Bausektor abhängig gemacht, sodass mehr als 20 % des

Bruttoinlandsprodukts in diesem Bereich erwirtschaftet wurden. Drei Millionen Jobs hingen an diesem Wirtschaftssektor.<sup>20</sup> Viele Neubauten blieben jedoch leer stehen. Im Jahr 2008 kam es dann in der US-amerikanischen Wirtschaft zum großen Crash, das Baubetriebe ging zurück, immer mehr Menschen verkauften ihre Wohnungen, die Arbeitslosigkeit im Bausektor stieg an, wie auch die Zahl der Zwangsräumungen: von 54.300 Räumungen im Jahr 2010 auf 75.400 zwei Jahre später.<sup>21</sup> Diese Entwicklungen hatten auch Einfluss auf andere Teile der Wirtschaft. So führte die hohe Arbeitslosigkeit zu einem schrumpfenden Konsum und Entlassungen im Handel und Dienstleistern. Der Finanzsektor ist am stärksten betroffen, sodass 2010/11 praktisch alle Banken bankrott gingen. Unter dem EU-Krisenmanagement verdreifachten sich die Staatsschulden. Die spanische Regierung konnte durchsetzen, dass sie nicht der Troika, die aus der Europäischen Zentralbank, dem Internationalen Währungsfond und der Europäischen Kommission besteht, unterstellt wird. Anders als Griechenland und Portugal wird Spanien von der EU vor einem Staatsbankrott bewahrt. Neben den europäischen Geldern ist der Sozialstaat zusammen gespart worden. Die Arbeitslosenunterstützung von Jugendlichen wurde gestrichen, obwohl die Arbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe bei 50 % liegt. Im Bildungsbereich ist es zu einem massiven Stellenabbau gekommen: Lehrer\_innen wurden gekündigt, Kita- und Studiengebühren erhöht. Des Weiteren wurden Kliniken geschlossen, Unternehmen privatisiert und etliche Medikamente nicht mehr von Versicherungen bezahlt. Die Kürzungen und deren Folgen sind insbesondere im Gesundheitsbereich verheerend, wo Pflegegelder reduziert, ganze Krankenhäuser geschlossen und etliche Medikamente nicht mehr von der Krankenkasse bezahlt werden. Bis zu 800 Menschen sind zwischen 2010 und 2012 auf Grund der Kürzungen durch Phänomene wie das monatelange Warten auf Termine bei Spezialist\_innen bei Krebsverdacht verstorben. 873.000 Personen fielen aus dem Gesundheitssystem komplett heraus, von denen die meisten Einwander\_innen sind.<sup>22</sup>

Bereits 2014 wurde verkündet, die Krise sei überstanden, da das Land eine Wachstumsrate von 2 % ausweisen kann, jedoch lag das Bruttoinlandsprodukt weiter unterhalb der Werte von 2008. Grundlegende Probleme wurden nicht angegangen, wie etwa die einseitige wirtschaftliche Ausrichtung auf den Bau- und Finanzsektor und Tourismus. Die Verarmung ist in den Straßen nicht so sichtbar wie etwa in Städten wie Berlin, da viele Menschen bei ihren Familien unterkommen, weshalb in vielen Häusern drei Generationen zusammenleben. Die Armenküchen sind weiterhin gefüllt und es ist die Rede von der Rückkehr der Unterernährung.

Die Reaktionen auf den Straßen entluden sich vor allem 2011 in der Bewegung 15M, als sich am 15. Mai 2011 rund 300.000 Menschen auf zentralen Plätzen in Spanien zusammenkamen. Dies war der Beginn von etlichen Platzbesetzungen im ganzen Land. Die politische Ausrichtung war vage. Forderungen nach Demokratie und Zukunft waren vorherrschend, die sich konkretisieren

ließen auf eine radikale Demokratisierung, „dem Ende der Austeritätspolitik und Menschen zu retten anstatt Banken mit einem diffusen antikapitalistischen Konsens“ (Zelik 2015, 102). Nach Räumungen und Wiederbesetzungen der Plätze verlagerte sich - bei einer gleichzeitig landesweiten Vernetzung - der Protest in die Stadtteile, in denen bis heute viele verschiedene Bündnisse aktiv sind, wie etwa die PAH (Plataforma de Afectados de Hipoteca/ Die Plattform der Hypotheken Betroffenen), die sich für die Betroffenen von Zwangsräumungen einsetzt. Symbole des sogenannten „Arabischen Frühlings“, der sich im gleichen Zeitraum abspielte, kamen immer wieder auf. In den folgenden Jahren wurden auch Aktionsformen aus dem Globalen Süden übernommen, wie etwa der *Escraches* aus Argentinien. Bei diesen haben die Angehörigen von während der Militärdiktatur Verschwundenen nachts unangemeldete Versammlungen vor den Häusern der straflosen Folterer abgehalten und sie somit bloßgestellt.<sup>23</sup> Gleiches wurde vor den Häusern von Bankiers und Politiker\_innen in Spanien gemacht, die für die Zwangsräumungen verantwortlich waren. Im März 2014 kam es zu einer erneuten Protestwelle, der der Marchas de la Dignidad (Märsche der Würde), die mit dem Slogan „Brot, Arbeit, Wohnung, Würde“ auf die Straße gingen. Die Bewegung der Marea Blanca war eine weitere große Bewegung in dieser Zeit, die sich gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens richtete. Es ging ihr aber auch um eine antirassistische Solidarität, da die Einwander\_innen ohne Papiere durch den Ausschluss aus dem Gesundheitssystem ganz besonders von den Kürzungen betroffen sind. Ärzt\_innen und Pfleger\_innen reagierten mit zivilem Ungehorsam und behandelten diese Personen weiterhin. Das Einwanderungsgesetz war somit auch ein Bereich, in dem es zu weitreichenden Veränderungen kam, die jedoch durch die konservative Partei Partido Popular schon im Jahr 2000 begannen, also unabhängig von der Finanzkrise. So wurde die damals kurz zuvor beschlossene Teilintegration von Illegalisierten in das Sozialsystem rückgängig gemacht. Die Kämpfe der Migration haben sich daher schon im Jahr 2001 zugespitzt und konnten auch Erfolge verzeichnen. So kam es in der Folge dieser Bewegung zu 216.000 Legalisierungen und einem öffentlichen Diskurs zum Thema Bleiberecht (Laubenthal 2007). Dabei wandelte sich auch die Darstellung der Medien zum Positiven hin, die „durch die Art ihrer Berichterstattung ein 'moralisches Recht' der Immigranten auf Regularisierung postuliert[e]“ (Laubenthal 2005, 118).

Im Januar 2014 präsentierte sich eine neue Partei: Podemos (Wir können). Gegründet hat sich die Initiative aus einem Kreis von linken Politikwissenschaftler\_innen und anti-kapitalistischen Bündnissen. Der Erfolg lässt sich mitunter auf eine Rhetorik zurückführen, die sich weder links noch rechts verortet, also nicht Linke ansprechen will, sondern die, die sich „unten“ befinden und zu den 99% der Nicht-Besitzenden gehören. Eine anti-faschistische Position wird ebenso bezogen, indem die Rechte von Einwander\_innen betont werden. Die Ideale der Partei gingen aber schnell

verloren, so baute sich schon kurz nach der Gründung ein innerer, autoritär auftretenden Führungszirkel auf, Positionen werden aufgeweicht und die demokratische Partizipation der Bevölkerung wird vor den Wahlen ersetzt durch Wissenschaftler\_innen, die ein wirtschaftliches Grundsatzpapier erstellen sollten. Die Partei wird zunehmend mit dem Vorwurf konfrontiert, wie ein kapitalistisches Unternehmen zu funktionieren. Diesem Vorwurf wurde der Zeitdruck auf Grund der nahenden Wahlen, der historischen Gelegenheit, entgegengesetzt. Fakt ist jedoch, dass im Zuge der Bürokratisierung der Strukturen von Podemos die basisdemokratische Organisation zurückgestellt wurde. Bei den Wahlen im Dezember 2015 erlangte die Partei trotz der Kritik 20,66 %.<sup>24</sup> Die monatelang anhaltenden Koalitionsgespräche mündeten in Neuwahlen. Bei diesen formierte Podemos mit anderen kleineren linken Parteien das Bündnis Unidos Podemos (Gemeinsam können wir), verlor letztlich aber an Stimmen, da sie gemeinsam nur auf 21,10 % kamen<sup>25</sup>.

Im Verlaufe der Krise erhielt die katalanische Unabhängigkeitsbewegung wieder eine neue Aktualität. Auch diese Bewegung hat wie die 15M keine klare politische Position und ist daher transversal. Der Kern ist auch hier die vage aber klare Forderung nach Demokratie und Mitbestimmung. Dem geplanten Referendum über eine Abspaltung von Spanien wurde in Presse und Teilen der Politik mit Drohungen, Spott und Hass begegnet. Ein Oberst der Armee drohte sogar mit einer militärischen Intervention.<sup>26</sup> Die Justiz wollte dies verhindern und zuletzt wurde das Referendum zu einer unverbindlichen Volksbefragung umgewandelt um den Konflikt zu entschärfen. Es beteiligen sich 37 % der Wahlberechtigten, von denen 81 % für die volle Unabhängigkeit und 10 % für den Verbleib in einer föderalen Republik stimmten und 4,5 % gegen eine Abspaltung (Zelik 2015).

Resümierend kann festgehalten werden, dass die traditionellen Problem- und Konfliktachsen (Bernecker 2006) in Spanien noch immer Relevanz haben, wenn auch in anderer Form. Zu diesen gehören mitunter der Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie, der in Katalonien durch die Krise wieder neuen Auftrieb erhielt. Die Verstrickungen des Militärs und der Politik sind weiterhin fragwürdig, was auch in der Empirie dieser Arbeit bzgl. der Grenzsicherung deutlich werden wird. Lediglich die Rolle und der Einfluss der Kirche hat an Relevanz verloren.

Als eine weitere Konfliktlinie, neben den von Bernecker genannten, wird hier die der Demokratisierung herangeführt. Dies geht aus der Quellenarbeit, mitunter aus den aktuellen (Menschenrechts)berichten, wie auch aus den empirischen Daten hervor. In der Geschichte der europäischen Integration wurde Spanien 1962 zunächst die Aufnahme in die EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) verweigert, da es keine demokratische Grundordnung in Spanien gab. So wurde die europäische Menschenrechtskonvention von Spanien erst im Jahre 1979 unterzeichnet,

nachdem es zwei Jahre zuvor in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen wurde (die Europäische Gemeinschaft wurde 2009 von der Europäischen Union abgelöst). Dies löste in Spanien einen Prozess dahingehend aus, dass die Modernisierung nicht mehr nur auf den Bereich Wirtschaft, sondern als eine gesellschaftliche Aufgabe gesehen wurde (Bernecker 2006). Viele Fortschritte wurden jedoch wieder in den letzten Jahren durch die Politik der Partido Popular rückgängig gemacht. Im Zuge der EU-Austeritätspolitik und dem repressiven Vorgehen seitens der spanischen Regierung zeigt sich der UN-Menschenrechtsausschuss besorgt über das 2015 verabschiedete „Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit“, umgangssprachlich auch „Ley mortaza“ (Knebelgesetz) genannt, da es zu einer Beschneidung demokratischer Grundrechte geführt hat.<sup>27</sup> In der internationalen Presse wurden außerdem Mahnungen laut, dass sich das Land in die düsteren Zeiten des Franco Regimes zurückbewegt.<sup>28</sup> Die Rolle der EU im Prozess der Demokratisierung des Landes ist jedoch nicht widerspruchsfrei. Im Jahr 2013 war beispielsweise kein Gericht in der EU gewillt den Polizisten Antonio González Pacheco für seine Folterungen in der Zeit der Transición zu verurteilen, weshalb das Verfahren in Argentinien eröffnet wurde (Zelik 2015).

### **3. Methodischer Zugang zur Untersuchung differentieller Aus- und Eingrenzungen im Menschenrechtssystem**

Im folgenden werden die angewandten und miteinander kombinierten Methoden und deren Umsetzung im Kontext der Feldforschung vorgestellt. Den Grundbaustein dabei bildeten dabei Methoden der kritische Migrations- und Grenzregimeforschung. Bei dieser wird zum einen gefragt, in welchem gesellschaftlichen Kontext die Kategorien „Migration“ und „Migrant\_in“ genutzt werden. Ebenso werden Politiken, Organisationen, migrantische Kategorisierungen, Grenzziehungen, Aushandlungen wie auch Formen der migrantischen Selbstorganisationen einbezogen. Das „Regime“ bezeichnet ein „mehr oder weniger ungeordnetes Ensemble von Praktiken und Wissens-Macht-Komplexen“ (Karakayalı/Tsianos 2007, 13), welches keineswegs frei von Widersprüchen ist. Das Regime hat zudem keine alleinige Macht über Gesetze und Regulationen, sondern diese werden in einer wenn auch hierarchischen Aushandlung zwischen dem Regime, staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, und anderen nicht-staatlichen Akteuren produziert. Übertragen auf das Grenzregime bedeutet dies, dass der Versuch des Managements der Migration von staatlichen Akteuren und den migrantischen Subjekten ausgehandelt wird, die die Grenzen durch das Überschreiten dieser immer wieder in Frage stellen. Die staatlichen Akteure

können dabei allenfalls die Migration managen, nicht aber stoppen. Die dabei entstehenden Prozess münden immer wieder in Kompromisse, die fortlaufend erneuert und verworfen werden. Das „Migrationsregime“ ist somit als eine nicht zu kontrollierende Dynamik zu verstehen (Karakayalı/Tsianos 2005). Das Interesse an einem Stopp der illegalisierten Mobilität ist zudem in Frage zu stellen, vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Interessen, die vielmehr eine differentielle Inklusion denn eine absolute Exklusion brauchen und anstreben (Mezzadra/Neilson 2014). Das Konzept der „Autonomie der Migration“ wurde als Methode entwickelt um die Metapher der „Festung Europa“ zu überwinden (Bojadžijev/Karakayalı 2007, 204). Vielmehr sind Grenzen der Versuch einer Reterritorialisierung, also Steuerung von Mobilität. Der Souverän ist dabei jedoch der Staat, der die Bewegungen an den Grenzen maßgeblich kontrolliert. Die migrantischen und politischen Grenz-Subjekte sollten daher „gleichermaßen in ihrer konstitutiven und produktiven Dimension“ (Karakayalı/Tsianos 2007, 15) im Aushandlungsraum der Grenze gefasst werden, in welchem die Paradoxien und Inkonsistenzen der politischen Institutionen ausgetragen werden. Die Grenze wird nicht nur in ihrem materiellen Sinn verstanden, sondern auch als ein Prozess und als eine Reihe von Praktiken, der sich auch fernab und ebenso an und innerhalb von Grenzen zeigt. Hergestellt wird diese im Sinn eines „doing border“ (Hess/Tsianos 2010) durch Grenzkontrollen wie auch Überschreitungen und Passkontrollen innerhalb von Staaten. Somit löst sich die Grenze von der Topographie von Staatsgrenzen und hat sich „mitten in den politischen Raum verlagert“ (Balibar 2003, 156). Zu den Methoden der praxeographischen Grenzregimeanalyse gehört „ein multimethodisches Verfahren, das Phasen klassischer begleitender oder teilnehmender Beobachtung, verschiedene Formen von Interviews und Gesprächen mit inhalts- und diskursanalytischen Verfahren kombiniert“ (Hess/Tsianos 2010, 260). Daneben werden auch Analysen von Diskursen, Machtverhältnissen und Politikformen mit einem „prozess- und konflikthaften Verständnis der Institutionalisiertbarkeit von Regelungsverhältnissen an der >>Grenze<<“ (Hess/Tsianos 2010, 253) vorgenommen. Diese regimetheoretisch informierte wie auch methodisch ethnographische Perspektive kann auch für weitere Themenfelder produktiv gemacht werden und somit einen Blick auf komplexe Zusammenhänge ermöglichen (Kasperek/Schwertl/Speer). Somit könnte die Regimeperspektive „eine Querschnittsperspektive für die Anthropologie des Gegenwärtigen“ (ebd. 69 f.) sein. Die Grenzregimeanalyse wird für den vorliegenden Kontext angepasst durch die Ergänzung weiterer Ansätze wie dem der Labor Migration, welche für die Entmigrantisierung der Migrationsforschung und der Migrantisierung der Gesellschaftsforschung eintritt (Labor Migration 2014). Ziel ist es „zu einer breiteren Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse und Konflikte [zu gelangen], in denen Migration als Gegenstand und als Antriebskraft konstitutiv wirksam ist“ (ebd., 8). Migration nimmt dabei weder einen

Sonderforschungsbereich weiterhin ein, noch wird es am Rand der Gesellschaft verortet oder als ein Abweichen von der Norm. Stattdessen wird die „Dichotomisierung von Migration und Sesshaftigkeit“ (Lehnert/Lemberger 2012, 91), mit der die Migrationsforschung seit ihrer Entstehung im 19. Jahrhundert arbeitet, aufgebrochen und die These vom „Normalfall Migration“ vorgezogen (Bade/Oltmer 2004), um so der sozialen Komplexität gerecht zu werden. Mit dieser Herangehensweise lassen sich verschiedenste Narrative „unter Einbezug der Bewegung der Migration neu [...] schreiben“ (Lehnert/Lemberger 2012, 109), wie dies in der vorliegenden Arbeit bereits im Kapitel 2.2a zur de-kolonialen Geschichte der Menschenrechte gemacht wurde. Dabei wird zudem keine Reduktion auf die Bewegung von migrantischen Subjekten aus dem Globalen Süden vorgenommen, sondern auch die Migration von Kolonialmächten samt Teilen der Bevölkerung aus Europa miteinbezogen. An dieser Stelle soll auch das Mitdenken von sozialen und politischen *Bewegungen* in den (ehemaligen) Kolonien im Kampf um Menschenrechte und zugleich um die Mit-Generierung dieser Rechte erwähnt werden, die ebenso ein wichtiger Bestandteil beim Verstehen und Erzählen der Geschichte der Menschenrechte sind. Zuletzt soll mit dieser Perspektive der Blick auf größere Zusammenhänge bzw. Regime ermöglicht werden. Was jedoch nicht bedeutet, dass das Situative - die Mikroebene - aus dem Auge verloren gehen sollte, sondern das Komplexe im Detail zu erkennen, da es sich eben auch situativ zeigt (Holbraad/Pedersen 2009). Dieser methodische Ansatz stößt auch an seine Grenze, so sind „Regime nicht in ihrer gesamten Komplexität, Fluidität, Transformativität und Multiplizität“ (Kasperek u.a. 2015, 89) fassbar, während sie sich zugleich „auch noch in der kleinsten Situation und im kleinsten Element dieses Regimes“ (ebd., 89) manifestieren.

Die genannten Methoden werden verbunden mit der Perspektive von Saskia Sassen (2015), die die verschiedenen Formen von Ausgrenzungen beschreibt, die in Folge der Verkomplexisierung und Brutalität der globalen Wirtschaft entstanden sind. Ein Aspekt mit besonderer Relevanz, da ökonomischen Aspekte bei der kritischen Grenz- und Migrationsforschung bislang ein Randthema geblieben sind. Dabei sieht Sassen eine Verknüpfung zwischen den verschiedenen Formen von Ausgrenzungen, die sie als ein „brutales Aussortieren“ beschreibt. Es werden unter anderem die Ausgrenzungen durch das Wirtschaftssystem herangezogen, das gegenwärtig Länder wie Spanien prekarisiert und Langzeitarbeitslose aus den Statistiken schlicht weg verschwinden. Gleiches gilt für ganze Wirtschaftsbereiche, die die Kosten für Soziales und Infrastruktur einschließen und nun nicht mehr Teil der staatlichen Statistiken sind. Durch solche Praktiken wird der Bereich der Wirtschaft neu definiert und erweckt den Eindruck diese befinde sich im Aufschwung. Der Keynesianismus, dessen wirtschaftspolitische Agenda darin bestand, möglichst viele Menschen durch Massenproduktion und den Massenkonsum einzuschließen, zerfiel in den 1980ern. Wer dem System

nicht mehr nützt, z.B. auf Grund von Langzeitarbeitslosigkeit, wird ausgeschlossen. Nun dient, so Sassen, das Wirtschaftssystem nicht mehr den Menschen, sondern die Menschen dem System. Andere Formen der Vertreibung sind solche wie die aus dem eigenen Zuhause durch Zwangsräumungen und Zwangsversteigerungen, die in Spanien in Europa am höchsten war. Darüber hinaus sind Armut (in Form von schlechteren Lebensverhältnissen bis hin zur Obdachlosigkeit) oder der Zwang in Asylwohnheimen zu leben, eine Form der Ausgrenzung. Nützliche Variablen für den Globalen Norden sind dabei Arbeitslosigkeit, Auswanderung, Zwangsvollstreckungen, Armut und Selbstmord. Für den Globalen Süden sind es hingegen Vertreibung durch Krieg, Krankheit und Hunger, wo land grabbing und die starken Auswirkungen der globalen Erderwärmung als spezifische Faktoren hinzukommen. Die Vertriebenen sind als Summe gefasst 65,3 Millionen Menschen, die sich aus Flüchtenden (21,3 Mil.), Binnenflüchtenden (40,8 Mil.) und Asylsuchenden (3,2 Mil.) zusammensetzen, und damit die historische Marke des Zweiten Weltkrieges erreicht hat.<sup>29</sup> Die Verknüpfung dieser verschiedenen Formen von Vertreibung soll nicht konstatieren, dass die Abwanderung von gut ausgebildeten Spanier\_innen auf Grund der Ausgrenzung aus der Mittelschicht die gleiche ist wie die durch Krieg. Die Fälle haben alle ihre Besonderheiten. Sie sind jedoch „Teil eines größeren Systems aus Elementen, Bedingungen und Dynamiken, die sich gegenseitig verstärken“ (Sassen 2015, 93), also Teil „eines größeren Systems institutioneller Veränderungen, die im Namen der 'richtigen Methode zur Wirtschaftslenkung' umgesetzt wurden“ (ebd., 94), welche mit dem Übergang vom Keynesianismus hin zum globalen Zeitalter der Privatisierung, Deregulation und einem enthemmten Profitstreben einherging. Die These der Ausgrenzung von Sassen verbindet somit auch die Felder des Krisen- und Grenzregimes zu einer Art, „Ausgrenzung als Methode“ Diese Methode kann dabei helfen die verschiedenen Formen der Ausgrenzung zusammen zu denken samt der Eigenschaften der verschiedenen Ausformungen, wie auch ihre historischen Kontinuitäten und Brüche zu erkennen. Ähnlich haben auch Sandro Mezzadra und Brett Neilson mit dem Begriff der Grenze operiert, um somit die verschiedenen Formen von Mobilität und durchquerten Räumen zu erstellen (Mezzadra/Neilson 2013a). Jedoch bleibt Sassen sehr statisch in ihrem Ausgrenzungsbegriff, weshalb die These der differentiellen Inklusion von Neilson und Mezzadra (2014) herangezogen wird. Der Prozess der differentiellen Inklusion meint „das selektive Filtern von Mobilität“ (ebd., 244). „So entstehen verschiedene Grade eines Innen und Außen, welche die eindeutige Unterscheidung, wie sie die traditionelle Grenze des Nationalstaates erzeugte, ersetzt und verschwimmen lässt“ (ebd., 244). Einwanderungsregeln wie etwa diejenige eines Punktesystems, was die USA oder Kanada praktizieren, sind eines von vielen Beispielen einer differentiellen Inklusion. Bei diesem Punktesystem sind die Migrationschancen an den Bildungsstand gekoppelt. Angelernte

Arbeitskräfte werden durch zeitlich befristete Verträge inkludiert. Die Grenzen zwischen Staat und Markt verschwimmen somit an dem Punkt, an dem politische Zugehörigkeit mit ökonomischen Kalkül verschränkt wird. Diese Lesart von Grenzen soll hier ebenso auf den Kontext des Menschenrechtssystems übertragen werden, welches durch den Humanitarismus an der Grenze seitens staatlicher und nicht-staatlicher Akteure, aber auch durch widerständige Praktiken an und innerhalb von Grenzen, wie etwa die Sans Papiers-Bewegungen in Europa, migrantische Subjekte differentiell aus- bzw. eingrenzt. Das Finanzregime schließt zunehmend migrantische Personen wie auch EU-Bürger\_innen im Zuge der sozialen Nebenfolgen des Finanzkrisenregimes und politischer Repressionen aus. Dies lässt sich auf die Formel der differentiellen Ausgrenzung bzw. Eingrenzung bringen.

Aus der Verbindung dieser Ansätze und Perspektiven ergibt sich ein breites Forschungsfeld, welches die verschiedenen Formen der Ausgrenzung durch das Grenz- bzw. Finanzregime mit all seinen Eigenheiten in Rechnung stellt, aber auch die Momente, die diese beiden Formen des „brutalen Aussortierens“ wieder verbinden. Und wie bereits zu Beginn der Arbeit beschrieben wurde, sind die Krisen in ihren Ursprüngen (den Prozessen der Europäisierung) miteinander verknüpft, verschränken sich aber zunehmend im Konfliktfeld Europa samt seiner globalen Auswüchse.

Da ich aus meinem Feldforschungsaufenthalt im Kontext des Studienprojektes „Gastropolis“ mit diversen Thesen, wie etwa den Zusammenhängen des Finanz- und Grenzregimekrisen, heraus gegangen bin, hatte ich mehrere fokussierte Fragestellungen. Zu diesen gehörten etwa Fragen nach der aktuellen Situation in Spanien, den Strategien aus den Krisen heraus oder nach dem Potenzial der Podemos Partei wie auch der Unabhängigkeit Kataloniens. Die beiden letzten Aspekte hatten einen hohen aktuellen bzw. regionalen Stellenwert. Das Thema der Unabhängigkeit Kataloniens war zudem in Wahrnehmungsspaziergängen durch die vielen Unabhängigkeitsfahnen im Straßenbild allgegenwärtig. Die Fragen bzgl. der Strategien aus den Krisen wurden möglichst offen gestaltet, wodurch sich bei der Auswertung viele Codes ergaben. Die sehr offenen Fragestellungen zum Thema Menschenrechte erwiesen sich in manchen Interviews allerdings als zu vage und überforderten manche Interviewpartner\_innen, während andere wiederum klare Positionen hatten. Zumeist Personen, welche in Projekten aktiv sind, in denen die Menschenrechte eine basale Rolle spielen. Aus den Antworten der fokussierten Fragen ergaben sich neue Codes im Material. Somit wurden neue Aspekte im Feld für mich deutlich wie etwa der starke Menschenrechtsdiskurs in Spanien und vor allem Katalonien. Diese Erkenntnis ließ ich bereits im Laufe des Feldaufenthaltes in den Interviewleitfaden einfließen und sprach auch gezielt über diesen Aspekt mit meinen Interviewpartner\_innen. Die Kodierung des Materials verlief somit ebenso offen

wie auch fokussiert (Emerson u.a. 1995). Die Forschung hatte insgesamt einen vor allem entwickelnden Charakter und steht daher der grounded theory (Glaser/Strauss 1998) nahe. Das offene Kodieren des Materials eröffnete Kategorien, die nicht direkt gezielt von mir erfragt wurden, aber mit der anleitenden Fragestellung des Feldaufenthaltes verbunden waren. So wurde die Rolle der Wirtschaft und der Globalisierung erst durch das Feld so deutlich hervorgehoben wie auch die Bedeutung der spanischen Geschichte und Gegenwart im Kontext seiner Krisen - Aspekte, die maßgeblich zur abschließenden Theoriebildung beigetragen haben.

Ein weiterer Aspekt, der sich auch in der vorliegenden Arbeit niedergeschlagen hat, betrifft die eigene Involviertheit in das untersuchte Regime. Dieser wurde auch von Kasperek, Schwertl und Speer herangezogen. Das Regime ist, wie weiter oben schon erwähnt, das Resultat von Aushandlungen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, woraus sich die Frage ergibt, wo „wir als Wissenschaftler/innen, Forschende oder Aktivist/innen mit aushandeln“ (Kasperek u.a. 2015, 70) und ebenso „nach der eigenen Verantwortung innerhalb von Herrschaftsprozessen“ (IG Bildende Kunst 2010, 10 f.). Welche Position und Verbindungslinien stehen am Beginn der Forschung? Und inwiefern kann eine aktivistische Involviertheit, auch oft als mangelnde Objektivität deklariert, auch zu Vorteilen im Forschungsprozess werden? Involviertheit schlägt sich auch in „aktivistischem Wissen“ nieder, das sich zum einen aus Berichten von NGOs oder politischen Bewegungen zusammen setzt, aber auch aus tieferen Einblicken durch eigenen Aktivismus. Die aktivistische Einbettung in Form von Kontakten macht ganze Forschungen in bestimmter Form erst möglich, wie Speer beschreibt. So habe ich auch festgestellt, dass meine Kontakte ins Ausland auf vier Schlüsselkontakte aus politischer Arbeit zurückgehen und sich erst vor Ort im Feld gemäß des „Schneeballsystems“ weiter aufgefächert haben. Die Kontakte und politischen Erfahrungen (allen voran aus dem Bereich der Asylstreiks) ermöglichten mir im Rahmen meiner Auslandsforschung zu einem schnelleren und tiefer gehenden Verständnis zu gelangen. Ähnliches stellte ich bereits bei der Forschung zum Thema alimentärer Teilhabe im Kontext des Asylsystems in Deutschland/Berlin fest, wo die nötige Sensibilität im Umgang mit (zumeist traumatisierten) Geflüchteten ein integraler Bestandteil der Forschung darstellt. Deshalb muss immer wieder das wissenschaftliche Interesse gegen die gebotene Rücksicht und Reflexion der eigenen Rolle im Feld abgewogen werden, wobei ich mich immer für letzteres entschied. Das Überdenken der eigenen Rolle war nicht nur im Kontakt mit Flüchtenden von Relevanz. Wenn Gesprächspartner\_innen (vor allem im Alltag) nach einem kurzen Gespräch meine Herkunft erfragt haben, wurde ich mir auch meiner zugeschriebenen Rolle der Repräsentantin des Lebensstandards in Deutschland und der von dort kommenden Sparpolitik bewusst. So gab es Situationen, in denen ich etwa von einem Kioskverkäufer gefragt wurde, ob es denn in Deutschland Arbeit, *mehr* Arbeit

als in Spanien gäbe.

Als Ort der Forschung für meine zweimonatige Feldphase im Februar und März 2016 habe ich die Stadt Barcelona gewählt, die sich zum einen als Metropole in vielen Prozessen befindet und als Hauptstadt Kataloniens auch ein Ausgangspunkt wichtiger politischer Entscheidungen im Prozess der angestrebten Unabhängigkeit Kataloniens ist. Die Krisenproteste und die sich anschließend entwickelten politischen Strukturen in den Stadtvierteln boten mir ein breites Forschungsfeld. Da es ein touristisches Zentrum Europas ist, ist es auch ein Anziehungspunkt für (illegalisierte) migrantische Arbeitskräfte, die das Stadtbild und die dortigen Ökonomie prägen, wie etwa durch den Verkauf von Modeprodukten in belebten Straßen. Die dortige Bürgermeisterin Ada Colau, die zuvor Sprecherin der PAH war, hat als Lokalpolitikerin einen starken Fokus auf der Grenzpolitik. So schloss sie zusammen im März 2016 mit den Bürgermeistern von Lampedusa und Lesbos ein Abkommen. Dieses umfasste einen finanziellen Hilfsfonds für das informelle Camp bei Idomeni, welches im Frühjahr 2016 zum Symbol der Abschottungspolitik Europas wurde und wo über 10.000 Menschen wochenlang in Zelten lebten, in der Hoffnung, dass die Grenze geöffnet wird. Des Weiteren wollen sich die Bürgermeister\_innen aus den krisenbetroffenen Ländern in dem Abkommen für eine gleichmäßigere Verteilung der Geflüchteten in der EU einsetzen.<sup>30</sup> Außerdem war Barcelona Ausgangspunkt einer Initiative, die ein Netzwerk von Zufluchtsstädten aufbaut. Dabei werden Kontakte von Privatpersonen im ganzen Land gesammelt, die bereit sind, Geflüchtete bei sich zu Hause aufzunehmen, während die Regierung ein gleichmäßiges Verteilen von Asylsuchenden in ganz Europa ablehnt.

Gemäß der „multi-sited ethnography“ von George Marcus (Marcus 1995) folgte ich den Diskursen, Personen und Phänomenen wie Bewegungen., Weshalb ich auch zwei kürzere Feldaufenthalte im Süden Spanien hatte, wo die Migration und die (politischen) Unterstützungsnetzwerke ausgeprägter sind. Diese mobile Feldforschungspraxis führte mich ebenso nach Tanger und in die Enklave Ceuta, die das Nadelöhr der Migration von Afrika - und teils sogar - Asiens Richtung Europa ist. Zugleich sind diese Orte im Zuge der Krise auch Ausgangspunkt einer europäischen Binnenmigration wie Emigration und Immigration nach Marokko geworden. Innerhalb Barcelonas bin ich zunächst gezielt zu dem Projekt „Mescladis“ gegangen, von dem ich aus einem Zeitungsartikel erfahren habe. Wahrnehmungssparziergänge wie auch (nicht-)teilnehmende Beobachtungen oder Besuche von Veranstaltungen, Demonstration oder Ausstellungen eröffneten mir weitere Zugänge. Der Zugriff auf zuvor bestehende Kontakte und das „Schneeballsystem“ boten die größte Ressource für Kontakte. Gesprächspartner\_innen und Interviewpartner\_innen deckten ein weites Spektrum von NGOs, kirchlichen Einrichtungen, Kooperativen, Wissenschaftlern, Künstlern bis hin zu (geflüchteten) Aktivist\_innen ab. Sprache

spielte eine nicht unerhebliche Rolle bei der Forschung. So wurden fast alle Interviews auf Spanisch geführt, bis auf eines in Deutsch und eine Pressekonferenz, die in Englisch abgehalten wurde. Für die Internetrecherche musste ich mich mit der katalanischen Sprache vertraut machen, da einige Websites von örtlichen Initiativen nur in dieser Sprache abrufbar sind. Die Forschungsphase in Marokko war zudem von der dortigen Rechtslage geprägt, laut welcher (wissenschaftliche) Recherche nur mit Presseausweis erlaubt ist. Kritische Berichtersterter\_innen wurden bereits aus Marokko ausgewiesen, wie mir eine Aktivistin in Tanger erzählte. In der Öffentlichkeit sichtbar, also mit Aufnahmegerät oder Notizblock, Interviews zu führen, ist daher nicht erlaubt und bedeutet insbesondere für die Interviewpartner\_innen ein noch höheres Risiko. Daher habe ich Interviews in Tanger, welche ich nicht in einem geschlossenen, privaten Raum führen konnte, ohne Aufnahmegerät oder Notizblock führen müssen. Ebenso habe ich aus Vorsicht und mangelnder Informationslage über die Grenzkontrollen an der Grenzanlage nach Ceuta diese Hilfsmittel nicht mitgenommen und im Anschluss ein Gedächtnisprotokoll erstellt. Ein weiteres Problem stellte gegen Ende meines Feldaufenthaltes die Zeit da. Mit zwei Interviewpartnern in Spanien konnte ich keinen Gesprächstermine mehr vereinbaren, weshalb habe ich ihnen per Email ein paar ausgewählte Fragen habe zu kommen lassen.

#### **4. Empirie**

Auf Basis der Erkenntnisse aus meinem Studienprojekt „Gastropolis“ und weiterer Vorab-Recherche ging ich mit mehreren Thesen in das Feld. Zu diesen zählten die Verstrickungen der Finanz- und Grenzregimekrise auf verschiedensten Ebenen, von der der Akteurs-, der Organisationsebene bis hin auf die politischen Institutionen. Eine weitere Vorannahme war, dass grundlegende Rechte wie die Menschenrechte durch die beiden Krisen verletzt werden und dabei EU-Staatsbürger\_innen keinesfalls davon ausgespart bleiben. Um diesen Punkten in meiner Feldforschung in Spanien weiter nachgehen zu können, waren die Kernfragen, wie sich die Auswirkungen der Grenzen im Alltag zeigen und wie die Zivilgesellschaft mit diesen umgeht. Das Verständnis von Menschenrechten, habe ich aus den Interviews, Menschenrechtsberichten und dem öffentlichen Diskurs in Spanien entnommen. Da die von mir interviewten EU Bürger\_innen zumeist die eigenen Rechte nicht in Gefahr sahen und den Menschenrechtsdiskurs fast ausschließlich beim Thema Flucht verorteten, erwies es sich als schwierig über die Menschenrechtssituation von EU Bürger\_innen zu sprechen.

Das Material umfasst 16 Interviews, zahlreiche informelle Gespräche, Recherche im Internet

und Zeitungen, wie auch Daten, die bei Wahrnehmungssparziergängen und (nicht-)teilnehmenden Beobachtungen gesammelt wurden. Die Auswertung der erhobenen Daten ergab vier narrative Stränge im Feld: die Verflechtung der Krisen, die Krise der Rechte, eine de-koloniale Perspektive auf Europa und Menschenrechte wie auch die Strategien, die aus den Krisen herausführen sollen. Die Dichte des Materials ist bei den Themenkomplexen am höchsten, in wie fern sich Rechte generell in einer Krise befinden und wie durch eine soziale oder politische Praxis Wege aus der Krise gesucht werden. Im folgenden wird eine Analyse dieser Narrative vorgenommen. Dabei werden die Verflechtungen der Krisen und die de-koloniale Perspektive in die beiden großen Themenkomplexe Krise der Rechte und Strategien eingeflochten.

#### **4.1 Die Krise der Rechte**

In den Gesprächen mit verschiedenen Akteuren im Feld haben diejenigen, die sich mit der Problematik der differentiellen Ausgrenzung von Migrant\_innen beschäftigen, wie auch die, deren Fokus eher bei den sozialen Nebenfolgen der Finanzkrise liegt, folgendes Bild gezeichnet: das Recht als solches befindet sich in einem äußerst krisenhaften Zustand. Energie-Armut begegnete mir in der Zeitschrift von 15M Madrid als ein Problemfeld. Der Artikel bezog sich auf die umfangreiche Studie „La energía como derecho“ (Strom als Recht)<sup>31</sup>. Darin wird das Recht auf Energie, wozu Heizung und Strom gezählt werden, als Menschenrecht definiert, da diese Form der Armut verheerende Auswirkungen auf das gesundheitliche und soziale Leben der Betroffenen haben kann (Madrid 15M, 1/2016) und damit Energie Armut ähnliche Folge hat wie Langzeitarbeitslosigkeit, wie mir María Cortes (Name geändert) von der Caritas Barcelona erklärt. In Madrid berichtete mir eine Familie, dass das kontinuierliche Heizen der Wohnung zu teuer ist. Zudem sind viele Wohngebäude in Spanien nicht isoliert. Viele Wohnungen sind außerdem nicht mit integrierten Heizungen ausgestattet, weshalb auf mit Strom betriebene Heizkörper zurückgegriffen werden muss, die wiederum sehr viel Energie benötigen und auch nicht sehr effektiv den Raum wärmen. Dies habe ich in meiner Wohnung in Barcelona auch bemerkt, wo es nur schwer war die feuchte, 14 Grad kühle Luft aufzuheizen.

Die Vergangenheit Spaniens bzw. den (Spätfolgen des) Franquismo wurden immer wieder mit dem Demokratiedefizite im Land in Verbindung gesetzt. Als ein starkes Zeichen der gegenwärtigen Ent-Demokratisierung sehen viele das sog. Ley mortaza, das Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit stark einschränkt. So warnt María Cortes: „Wir verlieren jeden Tag ein Stück Demokratie [...] in 20 Jahren erst werden wir merken, dass sich vieles verändert hat“ (Interview

María Cortes vom 23.02.2016, Übers. D.G.) und verweist zudem auf das undemokratische Wahlsystem in Spanien<sup>iv</sup>. Den Rückbau und Zerfall von Rechten bezüglich dem Migrationsrecht insbesondere unter dem Eindruck der Krisenpolitik bestätigte mir auch Eric Cesares (Name geändert): „Der Rechtsstaat wird in Spanien gerade sehr beschnitten. Auch für die Migranten“. Des weiteren „ist das Armutsrisiko in Spanien stark angestiegen, für Spanier und Nicht-Spanier“ (Interview Eric Cesares am 08.02.2016, Übers. D.G.). Er arbeitet bei der Organisation „Acoge“ in Sevilla, die sich mit Migrant\_innen und Geflüchteten für deren Rechte einsetzt und praktische Unterstützung im Alltag anbietet. So kam es zu einem Ausschluss vieler Migrant\_innen aus dem Gesundheitssystem. Zwangsräumungen sind eine weitere Erscheinung des Krisenmanagements. Die weit verbreitete Korruption und deren Auswirkungen lassen die Sozialarbeiterin Teresa Rodriguez (Name geändert) zu dem Fazit kommen: „Und ich dachte wir leben in einer Demokratie“ (Interview mit Teresa am 16.02.2016, Übers. D.G.). Der Soziologe Victor Sanchez (Name geändert), mit dem ich auch sprach, vertritt die Theorie, dass die Krise genutzt wird, um das Rechtsregime einzuschränken. Er geht davon aus, dass die demokratischen Einschränkungen nach dem Ende der Krise nicht wieder aufgehoben werden. Dabei bezieht er sich auf Naomi Klein und ihre These der „Shock Doctrine“ (Klein 2007): Die herrschende Regierung wartet Situation wie die einer großen Krise oder eines Schockes ab und nutzt die Zeit, in welche die Bevölkerung unter Schock steht, um Gesetzesänderungen bzw. Reformen durchzusetzen und weitreichende Verträge mit der Wirtschaft abzuschließen.

Mit der Entrechtung der Bevölkerung geht aber auch eine Berechtigung der Banken einher. Yannis Varoufakis, der ehemalige griechische Finanzminister der SYRIZA Regierung, erklärt in einer Pressekonferenz bei einer großen Anti-Austeritätskonferenz in Madrid, dass die demokratischen Mängel sogar die wirtschaftliche Misere und das Wiedererstarken der Nationalstaaten hervorgebracht hätten. Die Linke in Europa habe nun wie schon 1936 „a moral historical duty to create pro coalition democrats“ (Pressekonferenz vom 21.02.2016 mit Yannis Varoufakis). Aber auch andere Redner\_innen auf der Konferenz betonten die Notwendigkeit der „Souveränität des Volkes“, wie auch der „fiskalischen Souveränität“ um die EU zu einem demokratischen politischen Raum werden zu lassen. Denn anstelle demokratischer Institutionen regierten in Europa die Märkte. Sogar der EU-Parlamentsvorsitzende Martin Schulz beurteilt die Situation in der EU ähnlich: „Wäre die EU ein Staat und würde einen Antrag zum Beitritt in die Europäische Union stellen, dann würde der Antrag abgelehnt., mangels demokratischer Substanz“.<sup>32</sup> Eine Demokratisierung der Wirtschaft erscheint dem Aktivisten Stefan Blasel, der aus Deutschland

---

<sup>iv</sup> In Spanien werden die Stimmen mit dem D'Hondt System errechnet, was dazu führt, dass die Stimmen ab dem 3. Rang verfallen, da diesen Politiker\_innen keine Parlamentssitze zugeteilt bekommen (<http://taz.de/!5262904/>).

kommt und vor 15 Jahren nach Spanien umgezogen ist, ebenso notwendig. Was in kleinen Kreisen bereits aus der Gesellschaft heraus entstanden ist in Form von Kooperativen, die mit einem basisdemokratische Anspruch arbeiten. Die Korruption in Spanien, eine der vielen Altlasten aus dem Franquismo, wird von verschiedenen Akteur\_innen thematisiert. Diese habe den politischen Raum in den letzten Jahrzehnten stark in seinen demokratischen Strukturen bzw. deren Entwicklung geschwächt. In vielen Gesprächen wird erwähnt, dass der nie abgeschlossene Demokratisierungsprozess, die Transición, zur Wirtschaftskrise beigetragen habe.

Eine weitere „traditionelle Problem- und Konfliktachse“ (Bernecker 2006), die mir im Feld begegnet ist, ist der Zentralismus, der der Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien weiterhin Auftrieb gibt. Da sich die zentralistische Regierung Spaniens nicht kompromissbereit zeigt, was die politische Souveränität der Region betrifft, sehen viele Katalan\_innen nur in einem unabhängigen Staat eine Alternative. Unter den Kritiker\_innen der Zentralregierung befinden sich auch Personen, die für einen föderalistischen Staat und für ein Mehr an Demokratie eintreten. Sie fordern daher ein bindendes Unabhängigkeitsreferendum. „Alles andere wäre anti-demokratisch“ (Interview mit Diego Perez am 23.03.2016, Übers. D.G.), so Diego Perez von der Zeitbank in Barcelona. Es herrscht allerdings keine Einigkeit unter den Befürworter\_innen der Unabhängigkeit. Mit Martín Habiague von der NGO Mescladis, die sich auf einer politischen und alltagspraktischen Ebene mit und für Migrant\_innen, Geflüchtete und prekarierte Spanier\_innen einsetzt, sprach ich auch über die Unabhängigkeitsbewegung. Er betont, dass eine rechte und bürgerliche Unabhängigkeit keine Veränderung hervorbringen wird. Zudem stellt er in die Frage, inwiefern sich in einem lokalen Rahmen die bestehende Situation ändern könnte ohne den globalen Rahmen einzubeziehen, in dem Phänomene wie Migrationsbewegungen oder Finanzkrisen erst verständlich werden und zu beeinflussen sind.

Der Verdichtungspunkt der Entrechtung wird an der Grenze verortet. Die Grenzanlagen zwischen Spanien und Marokko verlaufen um die kleinen Enklaven Melilla und Ceuta, die sich ganz im Nord-Westen Afrikas an der Meerenge von Gibraltar befinden. Der Grenzübergang ist ein riesiger Apparat, in dem mehrfach die Papiere vorgezeigt werden müssen. Allerdings werden unterschiedliche Wartezeiten abverlangt. So ist für marokkanische Frauen ein schnelleres Überqueren durch eine weniger strenge Kontrolle möglich, weil viele von ihnen als Hilfskräfte in Ceuta arbeiten und am Abend wieder zu ihren Familie in Marokko zurückkehren. Marokkanische Männer hingegen stehen unter dem Generalverdacht irregulär migrieren zu wollen und müssen sich genaueren Kontrollen unterziehen, wie ich dort beobachte konnte. Resmi Mannah (Name geändert), den ich in Ceuta traf und der sich als Aktivist für die Rechte der dortigen Geflüchteten einsetzt, erklärte mir dies. Ebenso sprachen wir über die Verstrickungen der Grenzanlage mit der Wirtschaft.

Ceuta, das durch seine territoriale Begrenztheit von 18,5 km<sup>2</sup> schon immer wirtschaftlich schwach war, leidet besonders unter der Finanzkrise. Hauptarbeitgeber ist das Militär, welches dort einzig zur Grenzsicherung stationiert ist. Die Demilitarisierung der Grenze würde somit zu einer erhöhten Arbeitslosigkeit und wohl auch zum Wegzug vieler Bewohner\_innen führen und die lokale Wirtschaft weiter schwächen. Zudem fließen viele EU-Gelder in die Grenzsicherung und somit in militärische Strukturen, deren Dominanz eine der Konfliktachsen Spaniens ist. Ein Abbau des Grenz-Militär-Apparat ist somit schon aus wirtschaftlicher Perspektive nicht 'rentabel'.

An diesen Beispielen zeigt sich, wie die Finanz- und Grenzregimekrise einander beeinflussen. Zahlreiche Berichte von NGOs dokumentieren die brutale Gewalt an den Grenzen, bei denen es immer wieder zu Ermordungen seitens der marokkanischen wie auch spanischen Polizei kommt, so etwa im Februar 2014.<sup>33</sup> Auf Grund mangelnder Beweislage kam es jedoch nie zu Verurteilungen der Polizist\_innen, die für die Ermordung der 15 Personen verantwortlich sind, die versuchten schwimmend nach Ceuta zu kommen und dabei durch Gummigeschosse der Guardia Civil<sup>v</sup> attackiert wurden. Diese leugnete anschließend tagelang den Einsatz dieser Waffen, und behauptete später, dass die Geschosse nur der Abschreckung gedient hätten, gab die Videos der Überwachungskameras jedoch nicht frei. Die Flüchtende berichten hingegen, dass gezielt auf sie geschossen wurde.<sup>34</sup> Seit 2014 versuchte die Regierung diese sog. Push-back Operationen, also Verstöße gegen internationales Recht, zu legalisieren. Rechte würden damit per Gesetz abgeschafft.<sup>35</sup> Bei meinem Besuch in Ceuta, lernte ich auch Amari Faje (Name geändert) aus Mali (Land geändert) kennen, der es beim Massenansturm auf die Grenzanlage am 25.12.2015 nach Europa schaffte<sup>36</sup>. Fünfmal war er über die Zäune geklettert, weil er immer wieder gewaltsam zurückgetrieben wurde. Sein Fuß wurde zweimal gebrochen und durch einen Stein erlitt er eine Platzwunde am Kopf. Die Gewalt ging sowohl von marokkanischen als auch spanischen Polizist\_innen aus. Zuvor harrete er mit ca. 500 weiteren Personen in einer der vielen informellen Camps in einem Wald nahe der Grenze aus. Nach einer Weile tauchte dort täglich die marokkanische Polizei auf und verprügelte die dort Wartenden. Dabei kam es zu zwei Ermordungen. Nach diesen Erfahrungen kam er zu dem Entschluss:

„Und dann stand ich vor der Wahl. Ich sterbe hier im Wald oder ich versuche über die Grenze zu kommen, wo ich vielleicht auch sterbe, aber ich überlebe eher, wenn ich versuche rüber zu kommen“ (Interview mit Amari Faje am 08.03.1016, Übers. D.G.).

---

v Die Guardia Civil ist eine spanische paramilitärisch ausgerichtete Polizeieinheit mit militärischen und zivilen Funktionen, vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Guardia\\_Civil](https://de.wikipedia.org/wiki/Guardia_Civil)

Bislang hat er noch keine Pläne, wie er seine Zukunft in Europa gestalten wird. Viele seiner Freunde, die ebenso flohen, wollen auf Grund der wirtschaftlichen Lage nicht in Spanien bleiben. An diesem eindrücklichen Beispiel wird auch die Problematik der Zusammenarbeit mit dem marokkanischen Staat deutlich.

Gleichwohl soll auch die Brutalität seitens der spanischen Staates nicht relativieren werden, die zahlreiche „Push-backs“ zu verantworten hat <sup>37</sup>. So konstatierten diverse Gesprächspartner\_innen, dass die Kooperation mit dem Anrainerstaat zum einen die Abhängigkeit zu Marokko beweist, aber auch, dass der Stellenwert der Menschenrechte für die EU nicht sehr hoch sein könne. Im März 2016 wurde ein Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei geschlossen. Dies geschah, obwohl die Türkei auf Grund seiner politischen Lage sehr umstritten, zudem nicht als sicherer Drittstaat eingestuft ist und daher Abschiebungen in dieses Land als illegal gelten. Dennoch werden auf Grundlage dieses Abkommens in der Ägäis aufgegriffene Flüchtende in die Türkei abgeschoben. Xavier Casanovas - Direktor des christlichen Forschungsinstituts „Cristi i Justicia“ in Barcelona – kommentierte diese Entwicklungen wie folgend:

„In diesem Moment werden die Genfer Flüchtlingskonvention und die Menschenrechte nicht mehr akzeptiert [...] Anstatt selber die Grenzen zu sichern, werden Länder wie die Türkei und Marokko darum gebeten, Länder, in denen die Menschenrechte weniger Gültigkeit haben“ (Interview mit Xavier Casanovas am 23.03.2016, Übers. D.G.).

Mit derartigen Abkommen und dem Recht auf Grenzschutz werden somit Rechte gebrochen. Dies bringt Martín Habiague, der Koordinator des Projekts „Mescladis“ in Barcelona, mit folgenden Worten treffend auf den Punkt: „Durch die Anwendung von Recht, werden die Menschenrechte gebrochen“ (Interview mit Martín Habiague am 11.02.2016, Übers. D.G.). Insgesamt schätzt er die gegenwärtige Situation der Menschenrechte bezogen auf Migration weltweit, aber insbesondere in Europa, als „sehr besorgniserregend ein“ (ebd.).

Ein weiterer mehrfach erwähnter Punkt, an dem sich die Krisenhaftigkeit der Rechte zeigt, ist das Recht auf Bewegung. So fragt die Sozialarbeiterin Inés Gonzalez (Name geändert) von der katholischen Kirche in Tanger/Marokko:

„Warum sind die Grenzen offen für multinationale Firmen? Wenn es ums Geld geht, geht es, und wenn es um Menschenleben geht, nicht. Ich denke nicht, dass das eine Ethik ist, die in der Migrationspolitik angewandt werden sollte“ (Interview mit Inés Gonzalez am 07.03.2016, Übers. D.G.)

Sie weist damit auf die Entrechtung der Menschen bei gleichzeitiger Berechtigung der Wirtschaft hin. Gleiches kristallisiert sich, wie bereits erwähnt, im Kontext des Krisenregimes heraus. So wie Menschen in Bewegung sind, sind es auch die Rechte. Martín Habiague hält diesbezüglich fest, dass „die Mächtigsten in diesem System der Ungleichheit unberührbar sind, aber der kleinste Teil [die Menschen im Globalen Süden, Anm. D.G.] für ihr Wohlergehen sorgt“ (Interview mit Martín Habiague am 11.02.2016, Übers. D.G.). Die informelle Formen von Arbeit, die durch Grenzen erst illegalisiert wird, da diese Ein- und Ausschluss produziert, sind unmittelbar mit der Figur des irregulären Einwander\_in verknüpft. Während die (irregulären) Migrant\_innen für wirtschaftliches Wachstum sorgen, erhalten diese im Verhältnis viel weniger soziale Leistungen vom Staat, als sie diesem durch ihre gering entlohnte Arbeit an Reichtum bringen. „Der meiste Konsum ist im Norden, die Vorteile kommen hierher und die ganzen Probleme bleiben im Süden“ (Interview mit Martín Habiague am 11.02.2016, Übers. D.G.). Diese Aussage stützt die These von Castles (2005), dass die sog. Migrationskrise eigentlich eine Krise der Nord-Süd-Beziehungen ist. Auf der Konferenz Plan B sprach auch Jille Belisario, die die Koordinatorin der „Commission for Filipino Migrant Workers“ in den Niederlande ist. Sie bettet Phänomene wie Migrationsbewegungen, Rohstoffexporte und Klimawandel, die einseitig Opfer verlangten, in die Geschichte des Kolonialismus ein. Ebenso die politische Krise sieht sie als ein Symptom der kolonialen Vergangenheit. Ähnlich sieht es Varoufakis, für den Migrationsbewegungen auch eine Folge der Kolonialisierung sind. Er appelliert „[to] find a rational human base of dealing with it and benefiting of it“ (Pressekonferenz vom 21.02.2016 mit Yannis Varoufakis).

Die Grenzregimepraxis innerhalb der Grenzen kommt bei Martín Habiague zur Sprache, der die Politik der Internierungshaft in den Centros de Internamiento de Extranjeros (Zentrale Verwahranstalt für Ausländer), kurz CIE, scharf kritisiert, da es „Orte sind, wo die Menschenrechte jeden Tag gebrochen werden. Sie [die Inhaftierten Anm. D.G.] haben kein Verbrechen begangen. Sie sind Personen ohne Dokumente“ (Interview mit Martín Habiague am 11.02.2016, Übers. D.G.). Die NGO Mescladis protestiert immer wieder für die Schließung der CIE, von denen eines in Barcelona existiert. Zu den schlechten Lebensbedingungen zählen unter anderem, dass die Inhaftierten kaum Kontakt zur Außenwelt haben dürfen und auf engstem Raum zusammenleben müssen. Martín Habiague verdeutlicht auch, dass diese Grenzpraktik auf ungleichen globalen Machtverhältnissen aufbaut und fragt daher: „Was würde passieren, wenn CIEs in China oder Venezuela eröffnet würden? Zentrale Verwahranstalten für Europäer, das wäre ein Skandal“ (ebd.). Saskia Sassen verweist in „Ausgrenzungen: Brutalität und Komplexität in der globalen Wirtschaft“ auf die massenhafte Inhaftierung als Zeichen einer Ausgrenzung, die auch Asylheime weltweit

praktizieren. An dem Beispiel der CIE treffen also zwei Formen der Ausgrenzung aufeinander. Aber immer noch eine differentielle Ausgrenzung, da rund 48 % der in den CIEs festgehaltenen Personen wieder frei kommen und in die Irregularität zurückkehren. Die Wirtschaft und gerade der Tourismus in Barcelona brauchen diese leicht ausbeutbaren Menschen. In der Vergangenheit kletterten sie alle über die Mauern von Ceuta oder Melilla, bekamen nie einen Aufenthalt und schlugen sich nun zumeist mit dem irregulären Verkauf von u.a. gefälschten Schuhen oder Handtaschen in den Straßen der Tourismus-Metropole durch, wie mir Xavier Casanovas berichtete. Sie befinden sich sozusagen „in dieser Situation des Limbo, in Leerräumen“ (Interview mit Xavier Casanovas am 23.03.2016, Übers. D.G.). Die stetige Angst inhaftiert und nur vielleicht wieder frei gelassen zu werden, reiht sich ein in eine Politik der Einschüchterung, wie sie auch in den Straßen von Barcelona, aber auch an der spanisch-marokkanischen Grenze zu beobachten ist. Wenn sich Polizist\_innen den Straßenverkäufer\_innen nähern, die sich gegenseitig ständig vor drohenden Verhaftungen telefonisch informieren, flüchten sie sich kurz in die nächste Metro-Station, um nach anderen Verkaufsstellen zu suchen. An der Grenze zwischen Spanien und Marokko beobachtete ich ähnliches: Beim Grenzübergang Richtung Marokko stand eine größere Anzahl von Marokkaner\_innen auf dem Grenzareal, in unmittelbarer Nähe des Passkontrollposten, gingen aber nicht zu diesem. Aus dem Nichts rennt einer der Sicherheitskräfte mit seinem Schlagstock auf sie zu, die Menge schreckt zurück und harrt einige Meter weiter hinten aus. Tatsächlich auf der Grenze ausharren müssen, wie auch gezwungen zu sein als illegalisierte\_r Straßenverkäufer\_in in Barcelona immer auf der Grenze zu leben - zwischen Inhaftierung/Abschiebung und dem Weiterleben in der Illegalität - erinnert an das von Buckel gezeichnete metaphorische Bild. In diesem wird der benachteiligte Teil der Weltbevölkerung, welcher im Globalen Süden verortet wird, in seinen Rechten und daher auch in seiner Würde erniedrigt und muss „dauerhaft 'auf der Grenze' leben“ (Buckel 2011, 260). Die post-kolonialen Verstrickungen werden auch hier wieder deutlich, da im europäischen (Grenz-)Kontext ebenso Menschen aus dem Globalen Süden von einem Grenzleben betroffen sind.

Das erhobene empirische Material ergibt ein Bild, in dem durch die Darstellung der Krise der Rechte in der EU, Europa als Hort der Menschenrechte und Demokratie bzgl. der verheerenden Nebenfolgen der Krisen- und Grenzregimes de-konstruiert wird. Bezüglich dem Grenzregime werden von einzelnen Interviewpartner\_innen die post-kolonialen Zusammenhänge aufgewiesen. Im öffentlichen Raum, zu dem u.a. aufgehängte Flyer im Straßenbild gefasst werden, wird die Situation im Mittelmeer immer wieder als Krieg gegen die ungewollte Migration bezeichnet. Bei einer Demonstration in Barcelona im März<sup>38</sup>, an der ich teilnahm, wurden immer wieder Bezüge zum spanischen Bürgerkrieg und der folgenden Flucht vieler Spanier\_innen nach Frankreich

hergestellt. Damit wird eine gemeinsame Geschichte von Krieg, Verfolgung und Zuflucht konstruiert und daraus eine Solidarität abgeleitet. Die Binarität zwischen Europa und dem Rest der Welt wird auch dadurch aufgebrochen, dass das heutige Europa ohne Migration, die Arbeitskraft der Migrant\_innen und deren Ausbeutung nicht denkbar wäre. Jille Belisario zieht aus diesen historischen Zusammenhängen den Schluss, dass aus den Kämpfen in den Postkolonien gelernt werden sollte. Damit weist sie einen von vielen Wegen aus der Krise auf.

#### **4.2 Wege aus der Krise**

Die Projekte, Einzelpersonen oder Initiativen, welche ich kennengelernt habe, bieten mit ihrer Arbeit Strategien des Überlebens in den Krisen oder Alternativen zu einem prekarierten Leben an. Dabei hat sich ein breites Spektrum gebildet, von kirchlich-karitativen Einrichtungen, politisch-systemkritischen Kooperativen, politisch organisierten Gruppen, über politischen Journalismus und kirchlichem wissenschaftlich-politischem Engagement bis hin zu NGOs, die mit mehreren Strategien arbeiten. Die Arbeit der einzelnen Initiativen bleibt zumeist auf die Folgen *einer* Krise beschränkt. Einzelne sind aber in ihrem Konzept offen für alle Menschen, die prekariert sind, womit diesen Personen einige Menschenrechte wieder zugänglich werden - diese Personen werden damit partiell (wieder) in das Menschenrechtssystem inkludiert.

Das in erster Linie karitativ-kirchliche Spektrum bietet eine wichtige Stütze bei der Bewältigung von monatlichen Rechnungen wie Miete, Stromkosten oder auch der Ernährung. So hat sich die Zahl der Personen, die regelmäßig von der Caritas Barcelona unterstützt werden von ca. 20.000 im Jahr 2007 auf gegenwärtig rund 50.000 mehr als verdoppelt. Auch die Bedürfnisse haben sich verschärft; so erklärte mir M.aría Cortes von der Caritas Barcelona, dass vor der Krise nur punktuell Rechnungen durch die kirchennahe Organisation übernommen wurde, inzwischen aber Einzelpersonen oder Familien alle Kosten, von der Miete bis zum Essen, nicht mehr selbst decken können. Dies zu finanzieren ist der Caritas jedoch nur möglich, weil sie „das Glück haben, dass in diesen Zeiten die Mikrospenden angestiegen sind“ (Interview mit María Cortes am 23.02.2016, Übers. D.G.). Migrant\_innen ohne Papiere suchen die Caritas kaum auf, weil es kaum noch illegalisierte Personen in Spanien gibt, was mit den größeren Regularisierungen Anfang der 2000er Jahre zu tun hat. Zudem gelangen kaum noch Menschen über die (exterritorialisierten) Grenzanlagen nach Spanien und die Ankommenden wollen auf Grund der Krise zumeist nicht im Land bleiben. Die Wenigen, die noch im Land sind, werden von der Caritas unterstützt, wie mir

María Cortes erklärte. Das Arbeitslosengeld, welches nur ein Jahr lang ausgezahlt wird, beträgt gerade mal 406 Euro. Die Ersparnisse gehen den Menschen nach und nach aus, weshalb die Familienstrukturen zu einem wichtigen Ventil in der Krise wurde. So wohnen mehrere Generationen in einem Haus und leben von der Rente der Großmutter. In manchen Fällen werden pensionierte Familienangehörige, die in Altersheimen leben, wieder von ihren Kindern nach Hause gebracht, um Geld zu sparen. Ähnliches ist auch in anderen krisenbetroffenen Ländern wie Italien oder Griechenland zu beobachten (Gaub 2015). Auf die Frage nach der politischen Praxis antwortete María Cortes mir:

„Wir folgen der sozialen Strategie der Kirche: Wir sind alle gleich [...], alle haben das Recht die Stimme zu erheben und auszudrücken. Alle haben das Recht, ihre grundlegenden Bedürfnisse zu decken und müssen auch die Möglichkeit haben, diese zu decken“ (Interview mit María Cortes am 23.02.2016, Übers. D.G.).

Auf eine konkrete Praxis ist sie nicht eingegangen, jedoch werden Statistiken in Kooperation mit Soziolog\_innen erarbeitet, die sich u.a. mit der Wohnsituation der prekarierten Bewohner\_innen Barcelonas beschäftigen.

Im Gespräch mit einer Vertreterin der katholischen Kirche, Inés Gonzalez (Name geändert), in Tanger/Marokko bekam ich einen Einblick in die dortige Arbeit. Der Fokus liegt bei den vielen irregulären Geflüchteten aus den subsaharischen Ländern, vor allem aus Ländern wie Mali und Somalia. In den Wäldern nahe der Grenzanlage um Ceuta, wie auch Melilla, gibt es informelle Camps, in denen sich fortlaufend um die 400-500 Personen aufhalten und auf eine Gelegenheit warten, in großen Massen über die Grenzanlage zu kommen. So berichtet mir der Geflüchtete Amari Faje, dass die Grenzsicherung davon abhängt, wie viel Geld die EU dafür Spanien gibt. Das bedeutet, dass die finanzielle Lage der EU sowohl die Situation als auch die Fluchtmöglichkeiten beeinflusst - ein weiterer Punkt, an dem sich die Krisen kreuzen. Aber auch der Geldtransfer von Spanien nach Marokko ist ein Einflussfaktor. Ebenso nimmt der Rassismus in Marokko zu, wenn dieses mehr Geld zur Grenzkontrolle erhält, wie mir Baturu Mbaye (Name geändert) erklärte. Er selber wartet seit fünf Jahren in Tanger auf ein Gelegenheitsfenster zum Grenzübergang. An dieser Stelle wird der Einfluss der Finanzpolitik der EU auf einer alltäglichen Ebene deutlich, dem Rassismus, wie auch auch bezüglich der Fluchtmöglichkeiten. Die Kirche versorgt die Personen in den Camps im Wald mit Decken und Nahrung. Dieses „humanitäre Projekt“, wie es Inés nennt, bietet seine Unterstützung nahe des Waldes an. Die Geflüchteten informieren sich gegenseitig über das Angebot. Bei medizinischen Problemen, können sie sich auch an das Projekt wenden, und

werden an Krankenhäuser vermittelt.

„Die Marokkaner kümmern sich um alle, nehmen jeden Migranten auf, auch wenn er keine Papiere hat. Es ist so, dass das Gesundheitssystem in Marokko klein ist. Wenn in ein marokkanisches Krankenhaus jemand geht, ob Migrant oder Marokkaner, muss er bezahlen“ (Interview mit Inés Gonzalez am 07.03.2016, Übers. D.G.).

Die Situation sei hier also anders als in Europa, wo „Migranten aus dem Gesundheitssystem ausgeschlossen sind“ (Interview mit Inés Gonzalez am 07.03.2016, Übers. D.G.). Die Kosten werden über Spenden gedeckt. In Tanger selber gibt es Angebote wie eine Waschküche. Dabei betonte Inés, dass Hygiene ein Integrationsfaktor sein kann. Umgekehrt werden Kinder, die ungepflegt in die Schule gehen, nämlich von ihren Mitschüler\_innen abgelehnt. Die Personen, die sich dafür entscheiden in Marokko zu bleiben, machen nur einen kleinen Anteil der Migrant\_innen aus. Sie können auch das Angebot wahrnehmen, ein Handwerk zu erlernen und sich somit auf dem marokkanischen Arbeitsmarkt zu integrieren.

Die Cooperativa Integral Catalán, kurz CIC, wurde 2010 gegründet und hat inzwischen viele Untergruppen, die sich mit Themen wie Bildung, Gesundheit und Tauschwährung beschäftigen. So hat sich in der Region auch eine eigene Währung entwickelt, der Eco, die es aber nicht in materieller Form gibt. Genutzt wird diese in ganz Spanien von bis zu 2000 Personen. Das Guthaben wird virtuell gespeichert und der Tausch damit funktioniert auf einer Vertrauensbasis und daher auch nur in kleinen Personenkreisen. An diese Währung ist auch das Ideal eines anderen Miteinanders gebunden: „Wir haben z.B. soziales Geld installiert, das eine andere Form des Miteinanders mit sich bringt“ (Interview mit Darío Garcia am 17.02.2016, Name geändert, Übers. D.G.). Dabei versteht sich das Projekt als Alternative zum vorherrschenden kapitalistischen und nationalstaatlichen System. Das Kollektiv übt „eine fundamentale Kritik“, möchte „aber nicht das Modell reformieren, sondern ein anderes aufbauen“ (ebd., Übers. D.G.). Um sich von dem bestehenden Arbeitsmarkt emanzipieren zu können, bietet die CIC „Hilfsmittel an um den Prozess der Unabhängigkeit von Arbeitgebern und Banken zu erleichtern, von denen übermäßig rechtliche Hindernisse für den Zugang zu Arbeit und den Abbau von Schulden innerhalb des kapitalistischen Systems entstehen“<sup>39</sup>. Einen ebenso systemkritischen Anspruch hat auch Stefan Blasel, der 2001 von Berlin nach Barcelona gezogen ist, und nach ein paar Jahren der Lohnarbeit für sich entschieden hat, mit möglichst wenig Geld leben zu wollen. So hat er vor zwei Jahren ein soziales Experiment gestartet, in dem er durch das Tauschen von Sprachkursen gegen Wohnraum versucht aus dem Geld-Waren-Tauschsystem auszusteigen.<sup>40</sup> Damit möchte er „das System kreativ

herausfordern“ und es „auch kreativ nutzen oder innerhalb von dem System auch radikale Lösungen vorschlagen“ (Interview mit Stefan Blasel am 24.02.2016). Dabei sieht er die gegenwärtige Finanzkrise als Chance, da viele Menschen sich momentan keinen Einzelunterricht in Deutsch oder Englisch leisten könnten und daher auf dieses Tauschangebot eingehen, bei dem sie dann einen leer stehenden Raum in ihrer Wohnung Stefan zum Schlafen anbieten. Es bleibt aber nicht immer bei diesem Tausch und so gibt er seinen Tauschpartner\_innen auch öfters Tipps, wie sie aus ihrer schwierigen finanziellen Situation, oftmals Verschuldung durch eine aufgenommene Hypothek, etwas herauskommen können. So empfiehlt er ihnen z.B. ihre ungenutzte Garage zu vermieten. Einen Teil seiner Tauschpartner\_innen findet Stefan über die sogenannten „Bancs de temps“ (Zeitbanken). Im Gespräch mit einem aktiven Mitglied in einer der über 20 Zeitbanken in Barcelona, erfahre ich mehr über diese. Diese in vielen Ländern vertretene Tauschbörse<sup>vi</sup> führt ein großes Register mit Angeboten und Gesuchen, etwa zu Reparaturen, Bildungsangeboten oder Sprachkursen. Wer etwas angeboten hat, erhält einen Scheck und kann diesen gegen ein anderes Angebot einlösen. Idealerweise ist das Zeitkonto immer ausbalanciert, hat eine Person aber etwa 30 bis 40 Minusstunden, wird mit ihr gesprochen, was der Grund dafür ist. Auch hier wird eine andere Form des Miteinander angestrebt. Gegründet hat sich diese Plattform aber zu meiner Überraschung lange vor der Krise; die erste Zeitbank in Barcelona gibt es seit 1998. Im Gespräch mit einem aktiven Mitglied der Zeitbank im Stadtviertel Gràcia/Barcelona, erfahre ich auch, dass es keinen politischen Anspruch gibt.

„Das einzige, was die Menschen, die sich hier eintragen, verbindet, sind Ideale wie Solidarität und der Idealismus einer besseren Gesellschaft. Einer weniger materialistischen Gesellschaft, die zwischenmenschlichen Beziehungen zu verbessern. Das ist die Basis. Wenn hier Dienste ausgetauscht werden, bilden sich Freundschaft zwischen den Menschen“ (Interview mit Luis Fernandez am 23.03.2016, Name geändert, Übers. D.G.)

Auf der Homepage der Zeitbank heißt es außerdem, dass „eine ökonomische und soziale Alternative“<sup>41</sup> aufgebaut werden solle. Das Interesse an dem Angebot ist in Folge der Krise sehr gestiegen.

Eine besondere Form der politischen Arbeit in der Grenzregimekrise begegnete mir in einer Ausstellung in Barcelona mit dem Titel “Tots podem ser refugiats algún dia” (Wir können alle eines Tages Flüchtlinge sein). Sergi Cámara hat die Fotos zu der Ausstellung gemacht hat und macht seit über 10 Jahren Fotos zu politischen Themen wie Flucht in verschiedenen Teilen der Welt. Die

---

<sup>vi</sup> Überblick unter <http://www.bdtonline.org/>

Ausstellung zeichnet den Sommer der Migration“ nach und beginnt mit Bildern des Strandens von Flüchtenden an den Küsten von Lesbos. Einzelne Schicksale werden ebenso dargestellt, wie auch die Route über Südosteuropa bis nach Deutschland. Die Intention der Ausstellung war, die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren und über die gefährlichen Fluchtwege und -gründe zu informieren. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass die Regierung Kataloniens Pläne hat, Geflüchtete innereuropäisch nach Katalonien umziehen zu lassen. Sergi erläutert des weiteren, dass die katalanische Gesellschaft durch die Erfahrung der Flucht während des Bürgerkrieges prinzipiell sehr solidarisch eingestellt ist und sieht dabei starke Parallelen zu den gegenwärtigen Erfahrungen:

„Die kollektive Erinnerung hier ist davon geprägt, dass viele Menschen über die Berge nach Frankreich fliehen mussten. Es gibt Fotos von Katalanen, die über die Pyrenäen gewandert sind. Diese Bilder, die wir heute sehen, sind die gleichen nur in Farbe, es sind die gleichen Bilder“ (Interview mit Sergi Cámara am 21.03.2016, Übers. D.G.).

Weiterhin kritisiert er scharf die spanische Zentralregierung, die die Pläne der katalanischen Regierung, Geflüchtete umzuverteilen, blockiert. Entgegen ihrer Versprechungen hat die spanische Regierung nicht mehrere Tausend Geflüchtete innereuropäisch nach Spanien umverteilt, sondern lediglich 17. Baturu Mbaye (Name geändert), der selber schon viele Jahre in Tanger darauf wartet nach Europa zu gelangen, versucht auf politischem Wege die Lage von Flüchtenden zu verbessern. Seine Strategien sind sich mit Aktivist\_innen zu vernetzen und die gemeinsame Organisation von Demonstrationen oder Hausbesetzungen. Die rein karitative Arbeit von kirchlichen Verbänden ändere hingegen nichts an seiner Situation, kritisiert er. Eine wissenschaftliche politische Praxis verfolgt die christliche Forschungseinrichtung *Cristi i Justicia*, die in Barcelona zu verschiedensten Themen wissenschaftliche, aber nicht rein akademische Broschüren verfasst. Es sollen die „Gründe für Ungerechtigkeit in unserer Welt aus einer christlichen Perspektive analysiert werden“ (Interview mit Xavier Casanovas am 23.03.2016, Übers. D.G.). Damit soll eine Reflexion vorangebracht werden, die „einen Kampf gegen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten ermöglicht“ (ebd.). Unter christlicher Perspektive wird „eine Perspektive des Glaubens“ und „evangelischer Werte“ (ebd.) verstanden, die sich nicht nur Christ\_innen wendet. Die erwähnten Broschüren werden an alle katalanischen Politiker\_innen verteilt, um ihnen diese Perspektive nahe zu bringen. Außerdem existieren Kooperationen mit der katalanischen Regierung. Verbindungen mit den Anti-Austeritätsbewegungen gibt es nicht, was historisch begründet ist. „Die sozialen Bewegungen sind nicht gut auf die Kirche zu sprechen, denn in den Jahren der Diktatur hat sich die Kirche zu Gunsten der Diktatur positioniert“ (ebd.). Des weiteren werden kollektive Gebete vor den Centros

de Internamiento de Extranjeros (Zentrale Verwahranstalt für Ausländer) abgehalten. Die Initiative „Tanquem els CIEs“ (Wir schließen die Zentralen Verwahranstalten für Ausländer) geht hingegen einen rein politischen Weg und versucht sich mit Demonstrationen Gehör zu verschaffen. Das Kollektiv, dem sich viele linke Aktivist\_innen aber auch Anwält\_innen angeschlossen haben, möchte zum einen über die Existenz dieser Verwahranstalten informieren. Zum anderen soll über die schlechten Lebensumstände aufgeklärt und diese auch öffentlich kritisiert werden. Wie der Name der Initiative bereits nahelegt, wird die Schließung der CIEs gefordert. Die Bemühungen der katalanischen Regierung, Geflüchtete nach Katalonien umzuverteilen, steht Javier Martinez (Name geändert) skeptisch gegenüber. Der Anwalt, der seit zwei Jahren die Initiative juristisch unterstützt, ist skeptisch. „Würde der Fokus in Ceuta und Melilla liegen, würde sie [die katalanische Regierung, Anm. D.G.] nicht das gleiche sagen“ (Interview mit Javier Martinez am 14.04.2016, Übers. D.G.), womit er sich auf die Absichten der Aufnahme von Geflüchteten seitens der Regierung bezieht. Den Solidaritätsbekundungen aus Teilen der katalanischen Gesellschaft steht er kritisch gegenüber. Dies geschehe aus der fälschlichen Unterscheidung zwischen Migrant\_innen und Geflüchteten, wobei letzteren das Recht auf Schutz zugesprochen wird, im gegenwärtigen Kontext also etwa Menschen aus Syrien. Die Logik des Humanismus an der Grenze findet sich in diesem Diskurs deutlich wieder, in der das Menschenrecht moralisch ausgelegt wird und nicht politisch. Aus der moralischen Interpretation ergibt sich die Einteilung in legitime und illegitime „Träger\_innen von Menschenrechten“ (Sandvik 2009, 231). Der Soziologe Victor Sanchez (Name geändert) interpretiert die katalanische Solidarität, die laut einem Redner auf der Demonstration am 18.03.2016 sogar als genetisch bedingt bezeichnet wurde, als ein kleines Phänomen. Den kritischen öffentlichen Diskurs in Barcelona über die Menschenrechtssituation von Geflüchteten sieht er auf Katalonien beschränkt, da es seit zwei Jahren eine kleine Erinnerungskultur zu den Fluchterfahrungen im Bürgerkrieg gibt, die mit den aktuellen verknüpft werden. Zu den Folgen der Wirtschaftskrise von 2011-2013 gab es einen Menschenrechtsdiskurs, mitgetragen von der sozialen Bewegung, „aber anstatt weiter über die Wirtschaft und die Gesellschaft zu reden, wird nun über die Wahlpolitik gesprochen“ (Interview mit Victor Sanchez am 29.03.2016, Übers. D.G.).

Die NGOs „Mescladis“ und „Acoge Sevilla“ bringen verschiedene Ansätze zusammen und arbeiten mit einem, wie ich es nenne, Drei-Säulen-Modell. Dieses besteht aus einer praktischen alltagsbezogenen Unterstützung, Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung der breiten Gesellschaft und politischer Arbeit zur Veränderung der gegenwärtigen Situation. Die Unterstützung im Alltag bedeutet bei „Acoge Sevilla“ Migrant\_innen und Geflüchteten Wohnraum, Arbeit oder Sprachkurse anzubieten und zu vermitteln. Die NGO „Mescladis“ besitzt hingegen ein Restaurant, wo Ausbildungsplätze angeboten werden, wodurch der Aufenthalt der Auszubildenden legalisiert

werden kann. Im Zuge der Krise gab es auch vermehrt Anfragen von Spanier\_innen, die zuvor vor allem in der Baubranche tätig waren und für die das Projekt ebenso offen ist. An diesem Beispiel lässt sich gut erkennen, wie die Krisen auf einer Mikroebene aufeinander treffen. Die Öffentlichkeitsarbeit bei „Acoge Sevilla“ ist u.a. eine sog. interkulturelle Konfliktberatung, die in den Stadtvierteln zu einer verbesserten Kommunikation und Sensibilisierung der verschiedenen Lebenssituationen beitragen möchte, um so „Lebensbedingungen aller zu entwickeln und zu verbessern“<sup>42</sup>. Dabei gibt es einen intersektionalen Anspruch. „Mescladis“ bietet Kochkurse an, in denen die Kursleiter\_innen die Küche ihres Herkunftslandes vorstellen. Dabei sollen nicht die Unterschiede, sondern die Ähnlichkeiten zur spanischen Küche betont werden. Madalena Marinho, die die Kurse bei „Mescladis“ koordiniert, erläuterte außerdem: „Wenn du kochst und dabei sprichst, verbindest du dich und die Barrieren werden abgebaut“ (Interview mit Madalena Marinho am 11.02.2016, Übers. D.G.). Die politische Praxis bei „Acoge Sevilla“ besteht darin - in einem großen Netz von Organisationen - die Politik öffentlich zu kritisieren. Formen des Protests sind Demonstrationen, wie es die Kampagne „Justicia en la Frontera“ (Gerechtigkeit an der Grenze) gerade macht, bei der sich „Acoge Sevilla“ beteiligt. Basis der Arbeit ist die Verteidigung der Menschenrechte im Kontext von Migration. „Mescladis“ unterstützt zudem das Bündnis „Tanquem els CIEs“. Ebenso gibt es Projekte im Stadtviertel, konkret im Viertel Sant Pere, wo sich das Restaurant, das zu „Mescladis“ gehört, befindet. So wurde dort eine kleine Fotoausstellung gemacht. Zu sehen sind Portraits von Bewohner\_innen des Viertels, deren Ansichten, wie Sant Pere durch die Gentrifizierung verändert wurde, beigefügt wurde. Bei beiden NGOs sind Eingewanderte Teil des Teams und auch im Vorstand. So ist der Argentinier Martín Habiague der Direktor von „Mescladis“ und bei „Acoge Sevilla“ der Marokkaner Omar El Hartiti Hmamou.

Im März 2016 besucht ich die Konferenz „Plan B“ in Madrid, bei der nach gemeinsamen, europaweiten Strategien gesucht wurde, um gegen die Finanz- und Grenzregimekrise anzugehen. Dabei wurden immer wieder Forderungen genannt, dass die Souveränität an das Volk gegeben werden muss, einer Demokratisierung der EU bis hin zu einer Form des gemeinsamen Lebens in Gemeinschaft und Würde. Insgesamt wurden viele Rechte eingefordert, welche de facto in der EU nicht garantiert werden: bspw. das Recht auf Wohnraum, Arbeit und kulturelle Rechte. Immer wieder wurde auch die Finanzpolitik in den verschiedenen Panels thematisiert; so gab es Forderungen nach einem anderen Finanzsystem, in dem es keine Abhängigkeit zwischen diesem und der Politik gibt. In diesen Vorstellungen sollten außerdem die einzelnen nationalen Wirtschaftsräume nicht in einen gemeinsamen Wirtschaftsraum gepresst werden. Das Thema Europäisierung solle von links besetzt werden und statt mehr Europa brauche es mehr Demokratie. In dem von mir besuchten Panel zum Thema Grenzregime machte sich Ione Belarro von Podemos

für „gemeinsame Kämpfe trotz unterschiedlicher Papiere“ stark. Es folgte eine kritische Berichterstattung von den Solidaritätsstrukturen auf der Insel Lesbos, wo viele Volontäre den ankommenden Flüchtenden erste Hilfe und Unterstützung anbieten. Jille Belisario wies darauf hin, dass aus den Bewegungen der Vergangenheit gelernt werden sollte, wie etwa dem „black movement“ aus den USA oder den anti-kolonialen Kämpfen im Globalen Süden. In ihrer Analyse ging sie auch auf die Effekte des Kapitalismus ein und wie dieser die Menschen de-humanisiert. Bürgerschaft und die Menschenrechte müssten neu diskutiert und definiert werden. Dabei sei die koloniale Vergangenheit mitzubetrachten und die Zusammenhänge zu erkennen. Auf die kolonialen Zusammenhänge mit den gegenwärtigen Migrationsbewegungen verweist auch Yannis Varoufakis bei der dort abgehaltenen Pressekonferenz und betonte die gemeinsame Betroffenheit, denn “the crisis affects working people, the members of society in Latvia, in Slovakia, in Germany”. Auf die Schwierigkeiten einer vereinigten europaweiten Bewegung verweist er mit diesen Worten: “Hard working Germans hear that their governments are providing our governments with huge loans [...], that turns them against us, [and] it turns us in the South against them”. Woraus er schlussfolgert: “The whole Europe is a battleground” (Pressekonferenz mit Yannis Varoufakis am 21.02.2016). Auch er betonte immer wieder die unabdingbare Demokratisierung der EU und die Notwendigkeit eines Plans für das europäische Finanzsystem, welches kurz davor stehe wieder zu kollabieren. Varoufakis ist auch ein Mitbegründer der Initiative DIEM 25 (Democracy in Europe Movement 25)<sup>43</sup>, die sich die Demokratisierung der EU zum Ziel gesetzt hat. Ganz konkret soll erreicht werden, der EU bis zum Jahr 2025 eine Verfassung zu geben, über die auch EU-weit abgestimmt werden soll.

Die verschiedenen Positionen zum Potential der Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien und von der Partei Podemos werden im Folgenden zusammenfassend dargestellt.

Die Unabhängigkeitsbewegung hat in Katalonien eine lange Geschichte und gehört zu den traditionellen Konfliktlinien in Spanien. Neuen Aufwind erfuhr die Bewegung im Kontext der Krise, denn die Region war besonders hart von der Sparpolitik betroffen, weshalb dort der Ruf nach einer Abspaltung lauter wurde. In Barcelona habe ich in allen Stadtteilen, in denen ich Wahrnehmungsspaziergänge machte, die Unabhängigkeitsfahnen aus den Fenstern hängen sehen. Dominant war die eher konservative Fahne mit einem weißen Stern und blauem Untergrund. Die Fahne der linken Strömung in der Bewegung, welche einen roten Stern und gelben Hintergrund hat, war weitaus weniger präsent. Trotz der vielen von mir wahrgenommenen Fahnen, begegnete mir viel Skepsis auch bei Katalan\_innen selbst und kaum Zustimmung. Das Meinungsspektrum erstreckte sich von Aussagen wie, dass die Unabhängigkeit „der einzige Wege ist wie ein von der Basis ab [...] neues Land aufgebaut werden kann und die Interessen aller bedacht werden“

(Interview mit María Cortes vom 23.02.2016, Übers. D.G.) bis hin zu skeptischen oder gar ablehnenden Kommentaren: „wenn die Rechte oder das katalanische Bürgertum regieren, so wie die letzten Jahrhunderte, denke ich nicht, dass sich viel ändern wird“ (Interview mit Martín Habiague am 11.02.2016, Übers. D.G.). Ebenso wurde von einigen die Notwendigkeit einer anti-kapitalistischen Basis des katalanischen Staates angesprochen. Eines der größten Probleme in der Region sei die Privatisierung, welche in einem kapitalistischen Katalonien nicht aufgehoben würde. Die nötige Wirtschaftskraft wie auch die politische Möglichkeit in der EU zu bleiben, werden ebenso in Frage gestellt. Gegner\_innen eines unabhängigen Katalonien verwiesen außerdem darauf, dass es mit einem unabhängigen Katalonien eine Grenze mehr in Europa geben würde und ein geeintes Europa noch weiter entfernt wäre. Daher waren diese Gesprächspartner\_innen für einen Föderalismus in Spanien und eine Abkehr vom traditionellen Zentralismus. Bei den Befürworter\_innen der Unabhängigkeit spielt auch die Wahrung der katalanischen Kultur eine Rolle.

Ein ähnlich uneindeutiges Bild ergibt sich auf die Frage nach der Partei Podemos. Die Interviews wurden zwischen den Wahlen im Dezember 2015 und den Neuwahlen im Juni geführt. Trotz eines linken Bündnisses von Podemos mit der Izquierda Unida, der grünen Partei Equo und anderen kleinen Linksparteien konnte keine Stimmen dazu gewonnen werden, es war sogar ein Stimmverlust von 3,23 % zu verzeichnen<sup>44</sup>. Das Stimmungsbild fiel in dieser Frage deutlich negativer aus, was mitunter mit den jüngeren Entwicklungen innerhalb von Podemos wie auch der Enttäuschung durch die griechische linke Partei SYRIZA zu tun hat. Diese trat als Anti-Austeritätspartei zu den Wahlen im Januar 2015 an, stimmte später aber als gewählte Regierung weiteren sog. Rettungskrediten und somit Sparmaßnahmen zu und enttäuschte damit viele ihrer Wähler\_innen. Ebenso auffällig war, dass sich Interviewpartner\_innen für die Unabhängigkeitsbewegung *oder* für Podemos, aber niemals deutlich für beide Alternativen ausgesprochen haben. Ein paar wenige Stimmen sprechen Podemos das Potenzial zu in Spanien etwas zu verändern und wenn nun eine konkrete Politik folgt. Dieser Optimismus rührt daher, dass sie „die erste Partei war, die den Diskurs über ein Recht auf Migration in die politische Debatte gebracht hat“ (Interview mit Javier Martinez am 14.04.2016, Übers. D.G.). Andere Interviewpartner\_innen kritisieren den inzwischen hierarchischen bis undemokratischen Aufbau der Partei und die allmähliche Übernahme bürgerlicher Positionen (vgl. auch Zelik). So gab es auch Stimmen, die vermuten, dass Podemos ebenso „vom Weg abkommen wird“ (Interview mit Victor Sanchez vom 29.03.2016, Übers. D.G.) wie SYRIZA nach den Wahlen in Griechenland - Befürchtungen, die Besucher\_innen auf der Konferenz „Plan B“ äußerten. Das transformative Potenzial wird Podemos auch wegen den dortigen internen Streitigkeiten abgesprochen, zudem wird

das soziale Modell nicht als solches angegriffen und der Partei fehle der Rückhalt auf den Straßen.

Bezüglich dieser beiden politischen Optionen - der katalanischen Unabhängigkeit und einer neuen, starken linken Partei - gab es auch Interviewpartner\_innen, die beide ablehnten. Sie vertraten die Position, dass staatliche Lösungsansätze generell nicht das Potenzial haben, grundlegende Verhältnisse, worunter die Verteilungsfrage auch zählt, dahingehend zu lösen, dass den Bedürfnissen der gesamten Gesellschaft Rechnung getragen wird. So „erhalten politische Parteien lediglich die Illusion des Systems aufrecht und demobilisieren die Bevölkerung“ (Interview mit Darío Garcia am 17.02.2016, Übers. D.G.). Keine Regierung werde jemals großzügig mit Migrant\_innen und Geflüchteten umgehen, weil „so bei Wahlen Stimmen verloren werden“ (Interview mit Eric Cesares am 08.02.2016, Übers. D.G.). Mit dieser Aussage wird eine Antwort und Verantwortung für die Krise mitunter in der Gesellschaft, die wahlberechtigt ist, gesucht. Auf die Abhängigkeit der EU bei nationalen Entscheidungen wurde ebenso verwiesen.

## **5. Fazit und Ausblick**

Die Finanz- und Grenzregime Krisen haben auf unterschiedliche Weise zur Ausgrenzung aus dem Menschenrechtssystem geführt. Unterschiedliche Kämpfe zur (Wieder-)Eingrenzung waren die Folge. Alte und neue Widersprüche der Grenze, des Nationalstaates und der Menschenrechte selbst werden deutlich. Das imaginierte Europa wie auch die Institution EU als Horte der Menschenrechte wurden durch die Krisen herausgefordert und hätte zeigen können, dass Europa nicht nur formell für Menschenrechte einsteht. Jedoch werden diese auf dem Papier wie auch in der Praxis immer weiter verdrängt, wie auch die Menschen, die diese für sich einfordern - innerhalb der Grenzen, auf den Grenzen und um die Grenzen der EU herum. Die jüngsten Entwicklungen der Exterritorialisierung der Grenzen bzw. der Ausgrenzung, wie im Türkei-EU-Deal deutlich wird, zeigen, dass Menschenrechte per Gesetz auch ausgesetzt werden. Aber um die Entwicklungen richtig einordnen zu können, muss sich bewusst gemacht werden, dass dies viel eher eine logische Folge in der Kontinuität der EU-Politik ist und keinen Bruch in der Grenzpolitik darstellt. Die Grenzpolitik an den west-südlichen Grenzen, sprich an der spanischen Außengrenze, hat bereits gezeigt, dass über die universellen Menschenrechtsprinzipien hinweg Bündnisse geschlossen werden. Mit dem marokkanischen Staat wird eine enge Kooperation gepflegt, obwohl es dort die Todesstrafe gibt und es zu zahlreichen Folterungen in den Gefängnissen kommt, welche in Menschenrechtsberichten vielfach dokumentiert werden. Ebenso werden Minderheiten wie die

Sahauris im Südwesten des Landes militärisch unterdrückt. Diese spanische Außengrenze ist seit 1993 immer weiter durch Mauern und Zäune militarisiert. Warnende Berichte gibt es auch von den griechischen Grenzen. Eine Zusammenarbeit mit dem ehemaligen libyschen Machthaber Gaddafi war für die EU ebenso wenig ein Tabu wie Abschiebungen nach Syrien bis kurz vor Ausbruch der Aufstände und dem Bürgerkrieg (Pelzer 2013).

Die historischen Konfliktlinien in Spanien, wie der Demokratiemangel und der Zentralismus, sind nicht nur für diesen nationalen Kontext prägend. Diese finden sich auch bei der Analyse des EU-Krisenregimes wieder, welches durch ein Demokratiedefizit (allem voran im Bereich der Wirtschaft) in die Krisen erst geriet. Dieses Defizit trat im Integrationsprozess der EU durch einen „undemokratische[n], technokratische[n] Prozess eines sich selbst kontinuierlich ausbauenden Staatsapparates auf der Basis >experimentellen Regierens< abseits der europäischen Öffentlichkeit“ (Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa 2014, 253) hervor. Der Zentralismus in der EU, der im europäischen Parlament in Brüssel verortet wird, wurde auch von meinen Interviewpartner\_innen thematisiert. Dabei wurde aber auch auf den wachsenden Einfluss der deutschen Regierung verwiesen, der sich im Kontext der Finanzkrise und den sog. Rettungspaketen von Deutschland an Länder wie Spanien entwickelte. Allerdings wäre in der Umkehr die nationale Souveränität bis hin zum Nationalegoismus (von Lucke 2015), der in England mitunter zum Austritt aus der EU führte, kein lösungs-, demokratie- oder gar menschenrechtsorientierter Ausweg aus der Gesamtkrise der EU. Charakterisierungen wie „Europe as a borderland“ (Balibar 2005) und „the whole Europe is a battleground“ (Pressekonferenz vom 21.02.2016 mit Yannis Varoufakis) treten in der Entwicklung der EU immer deutlicher hervor. Gleichmaßen wird deutlich wie sich die Konflikte entlang der Grenze konstituieren. So „hat sich die Grenze ins Zentrum der Erfahrung der Gegenwart eingeschrieben“ (Mezzadra/Neilson 2013b). Die innenpolitischen Entwicklungen *in* Spanien und (die supranationalen Bündnisse) *an* seinen Grenzen, historisch aber auch gegenwärtig, drohen zu einem mahnenden Exempel der galoppierenden Entdemokratisierung der EU zu werden. Die mangelnde demokratische Basis in Spanien wie auch in der EU könnten dabei als Wegbereiter der Entdemokratisierung verstanden werden. So führten die weiterbestehenden Machtstrukturen Francos zu einer nie ganz ausgeprägten Demokratie in Spanien, während die EU bis heute keine demokratische Substanz entwickelt hat.

Der Migrationsdruck, der aus den Aufständen in der MENA-Region resultierte, forderte das EU-Grenzregime heraus. Antworten und Verantwortung für diese Entwicklungen kann jedoch nicht nur in der gegenwärtigen konkreten Grenz- und Finanzregime-Politik gesucht und gefunden werden. Auch unter Berücksichtigung der Zusammenhänge dieser Regime ergibt sich noch kein vollständiges Bild. So sind historische, globale und finanzpolitische Aspekte, samt der

wechselseitigen Verstrickungen, ebenso Teil eines politischen Geflechtes. Europa und die EU gründeten sich auf diesem und bauten ihre innere und äußere Abgrenzungspolitik darauf, wie in der Empirie und Quellenarbeit deutlich wurde. Ein globaler Aspekt ist hierbei in der weltweiten, freien Warenzirkulation wiederzufinden, die an eine globale Finanzpolitik angebunden ist und das postkoloniale Nord-Süd-Gefälle weiter aufrechterhält. Die neoliberale (Spar-)Finanzpolitik erzeugte jedoch auch neue Gefälle innerhalb Europas. Auch hier finden sich Widersprüche, denn die fortschreitende Globalisierung geht nicht nur einher mit einem Abbauen von Grenzen, zumindest nicht für den Großteil der Menschen. Zugleich wird die Warenzirkulation immer freier, wenn auch sie immer wieder, kurzzeitig wie auch dauerhaft, von wirtschaftlichen Sanktionen angehalten wird. Die globalen und finanzpolitischen Aspekte sind tief in die Geschichte eingeschrieben und reihen sich in eine postkoloniale Kontinuität ein. Die Prozesse der Globalisierung können nicht angemessen nachvollzogen und analysiert werden, wenn kein Verständnis davon erlangt wird, „wie der europäische Kolonialismus globale Machtverhältnisse ökonomisch, politisch und kulturell strukturiert“ (Varela/Dhawan, 85) hat. Zugespielt formuliert spiegeln die gegenwärtigen Zustände wieder, wie Europa von seiner eigenen Geschichte eingeholt wird, die auf das engste mit dem Kolonialismus verbunden ist (vgl. Kap. 2.2a). Anlehnend an Barreto, der konstatiert, dass die Moderne bereits in eine Krise geboren wurde (2013), wurde so auch (die Idee) Europa in eine Krise geboren und konnte nicht in die selbst gegebenen Ideale der Menschenrechte und Demokratie vollends hineinwachsen. Nur ein Bruchteil aller Flüchtenden erreicht überhaupt Europa. So gelangen gerade einmal 2 % aller fliehenden Syrer\_innen den Kontinent, die zugleich den größten Anteil aller nach Europa Flüchtenden darstellen.<sup>45</sup> Auf Grund dieser immer noch geringen Anzahl an ankommenden Personen werden bereits menschenrechtswidrige Grenzabkommen mit Staaten wie der Türkei abgeschlossen. Das entstehende „Borderland Europe“ zeigt, dass es eine größere Frage als die der „color line“ gibt, wie Du Bois schon 1925 anmerkte und dabei auf die „question of labor“ (Du Bois 1925, 385) verwies. So wird die „color line“ erst verschwunden sein, wenn die Menschen im Globalen Norden aus den dortigen Unterdrückungsverhältnissen befreit sind. Bei Spivak ist zudem die Rede von den neuen Subalternen, zu denen sie im Zuge der langsam zusammenbrechenden Wohlfahrtsstaaten am ehesten die undokumentierten Migrant\_innen (1995, 189), aber auch die metropolitanen Wohnungslosen (2002, 323) zählt. Vor dieser von Spivak aufgestellten These waren die Subalternen in den postkolonialen Studien postmigrantisch/postkolonial besetzt. Eine Szene aus meinem Feldaufenthalt, die den neuen Subalternen am nächsten kommt, war meine Begegnung mit der Organisation „No más paro“ (Keine weitere Arbeitslosigkeit). Diese Organisation sammelt mit einfachen Spendenboxen in den Straßen Spaniens Kleingeld für mittellose Arbeitslose - die neuen Subalternen. Dies ist ein Bild,

was eher an NGOs denken lässt, die für Projekte wie Waisenhäuser im Global Süden sammeln. Inzwischen gehören solche Bilder zur Krisenrealität in Europa, die die Grenzen zwischen Nord und Süd immer weiter verschmelzen lassen. Allerdings geschieht dies durch die zunehmende Entrechtung und den sozialen Abbau im Globalen Norden und nicht durch eine zunehmende Berechtigung und einen sozialen Aufbau im Globalen Süden.

Aber welche Auswege oder gar Chancen eröffnen sich in diesen Zeiten? Balibar thematisiert die Notwendigkeit, „dass Europa selbst zum Gegenstand und zum Rahmen sozialer, ideologischer und leidenschaftlicher, kurzum politischer Konflikte“ werden müsste, „in denen es um seine eigene Zukunft geht“ (2016, 98). Europa müsse „von unten“ wieder aufgebaut werden bzw. der Aufbau müsse überhaupt legitimiert werden. Die soziale Frage wird in vielen Strategien, die aus den Krisen führen sollen, deutlich, wenn eine praktische Unterstützung mit politischer Arbeit zusammen gedacht wird. Das Soziale kann nicht ohne das Politische verstanden werden. Konkret führte die risikobehaftete Finanzpolitik zu einer Sparpolitik mit verheerenden sozialen Nebenfolgen. Ein Europa „von unten“ sucht die *Verantwortung* für Lösungen auf den Straßen, die in den jeweiligen Ländern, wie etwa den krisenbetroffenen europäischen Ländern, von massiven Protesten begleitet wurden. Ebenso gab es sogar in diesen Ländern eine Willkommenskultur im „Sommer der Migration“. Jedoch waren die Reaktionen gerade in den „Geber-Ländern“ bzw. „Aufnahme-Ländern“ wie Deutschland auch stark geprägt von Rassismus: einem, wie ich es hier nenne, „Krisenrassismus“ („die faulen und korrupten Südländer“), und einem vor allem anti-muslimischen Rassismus, der zunehmend mit dem Terror- und dem daran anknüpfenden Angstdiskurs vermischt und zuletzt zynischerweise für eine verschärfte Ausgrenzungspolitik fruchtbar gemacht wird. An dieser Stelle sei an die Verbindung zur Wirtschaftspolitik erinnert und an die Worte des afroamerikanischen Menschenrechtler Malcom X: „Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus“. Balibar appelliert an eine europäische Verantwortung, „die Machtlosigkeit zu überwinden, welche uns darauf reduziert, nichts weiter zu sein als die Gefangenen unserer Gespenster und damit die Marionetten unserer eigenen imaginären Geschichte“ (2015, 117).

Die Finanzkrise und die ankommenden Flüchtenden hätten Europa einen können. Jedoch an dem homo sacer, dem entrechteten Flüchtenden, „an diesem Menschen ohne Rechte zerbricht die Idee Europa“ (Metz/Seeßlen, 25). An der (nationalen) Sparpolitik, die inzwischen auch lange nicht mehr nur auf den Süden beschränkt ist, wie die Proteste in Frankreich deutlich zeigten, droht ebenso die anvisierte europäische Einheit zu zerbrechen. Der Brexit könnte erst der Anfang gewesen sein.

In Spanien begegneten mir Initiativen, welche mit einem Drei-Säulen-Modell arbeiten um Wege aus den Krisen zu finden. Dieses ähnelt auch den Ideen, wie Europa und die EU in ihren Idealen gerettet oder neu aufgebaut werden können. So gibt es den Vorschlag, auf einer praktischen

Ebene den Entrechteten zu helfen, Europa von Grund auf neu zu denken und zuletzt für eine Gesellschaft zu „kämpfen, die auf Solidarität, Egalität und realer Demokratie basiert“ (Metz/Seeßlen, 12), eine Gesellschaft also, der eine „Europäisierung des Widerstandes“ (Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa 2014, 257) zu Grunde liegen muss. Die in vielen Bereichen verloren gegangenen Ideale Europas sollen somit durch einen Neuaufbau „von unten“ wieder lebendig gemacht werden. Die wichtigsten politischen Entwicklungen in Spanien sind weniger die parteipolitischen als vielmehr die mir oft berichtete und von mir beobachtete Basisarbeit in den Stadtvierteln. Diese Basisarbeit „verändert zwar nicht die Welt, aber diese paar Quadratmeter, in denen wir arbeiten“ (Interview mit Martín Habiague am 11.02.2016, Übers. D.G.).

## 6. Quellenangaben

Forschungsliteratur:

Agamben, Giorgio (2002): Die souveräne Macht und das nackte Leben. Frankfurt am Main.

Agamben, Giorgio (2003): Jenseits der Menschenrechte. In: Der Stille Krieg gegen die Flüchtlinge. Globalisierung, Migration und die Festung Europas.

Arendt, Hannah (1949): Es gibt nur ein einziges Menschenrecht. In: Die Wandlung 4. Jg., 754-770. Über die Revolution. München/Zürich 1974 (engl. 1963).

Arendt, Hannah (2008): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft : Antisemitismus, Imperialismus, Totalitarismus. The origins of totalitarianism. München.

Bade, Klaus J./Oltmer, Jochen: Normalfall Migration. Deutschland im 20. und frühen 21. Jahrhundert. Bonn 2004

Balibar, Étienne (2003): Sind wir Bürger Europas? Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen. Hamburg.

Balibar, Étienne (2005): Europe as Borderland/Europa als Grenzland. In: Kölnischer Kunstverein u.a. (Hg.): Projekt Migration. Köln, 202-209/805-807.

Balibar, Étienne (2016): Europa: Krise und Ende? Münster.

Barreto, José Manuel (2013): Human rights from a third world perspective : critique, history and international law. Cambridge.

Barreto, José Manuel (2014): A Universal History of Infamy. Human Rights, eurocentrism, and Modernity as Crisis, In: Singh, Prabhakar/ Mayer, Benoît (Hg.): Critical International Law. Postrealism, Postcolonialism, and Transnationalism, 143-166.

Baxi, Upendra (2002): The Future of Human Rights. Neu Delhi und Oxford.

Beichelt, Timm (2013): Deutschland und Europa: Die Europäisierung des politischen Systems. Wiesbaden.

Bernecker, Walther Ludwig (2006): Handbuch Spanien- Geschichte und Gegenwart. Tübingen/Basel.

Bojadžijev, Manuela/ Karakayalı, Serhat (2007): Autonomie der Migration. 10 Thesen zu einer Methode, In: Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas. Bielefeld, 203-209.

Bröckler, Herrmann-Matthias (2010): Die externen Dimensionen des EU-Asyl- und Flüchtlingsrechts im Lichte der Menschenrechte und des Völkerrechts – Unter besonderer Berücksichtigung des Konzepts extraterritorialer Aufnahmeeinrichtungen. Münster.

- Brysk, Alison (2013): *Speaking rights to power. Constructing Political Will*. Oxford.
- Buckel, Sonja (2011): *Das spanische Grenzregime. Outsourcing und Offshoring*, In: Cuttita, Paolo/Dietrich, Helmut/Kasperek, Bernd/Speer, Marc/Tsianos, Vassilis (Hg.): *Kritische Justiz*, Vol. 44 (3).
- Buckel, Sonja / Georgi, Fabian / Kannankulam, John / Wissel, Jens (2014): *Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung*. In: Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hg.): *Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analyse kritischer Europaforschung*. Bielefeld. 15–84.
- Cammett, Melani/Diwan, Ishac/ Richards, Alan/Waterbury, John (2014): *Kapitel 16: The Political Economy of the Arab Uprisings*, In: *A Political Economy of the Middle East*. Colorado, 407-436.
- Castles, Manuel (2005): *Warum Migrationspolitiken scheitern*, in: Wissenschaftliche Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik e.V. (Hg.): *Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt*, 25, H. 97, 98/2005, 10-34.
- Classen, Georg/Kanalen, Ibrahim (2010): *Verfassungsmäßigkeit des Asylbewerberleistungsgesetzes*, In: *Informationen zum Arbeitslosenrecht und Sozialhilferecht* 28. Jg., 6, S. 243-249.
- Cuttita, Paolo (2010): *Das europäische Grenzregime: Dynamiken und Wechselwirkungen*, In: Hess, Sabine/Bernd Kasperek (Hg.): *Grenzregime: Diskurse, Praktiken Institutionen in Europa*. Berlin/Hamburg, 23-40.
- Cuttita, Paolo/Dietrich, Helmut/Kasperek, Bernd/Speer, Marc/Tsianos, Vassilis (2011): *Die Grenze demokratisieren*, In: Cuttita, Paolo/Dietrich, Helmut/Kasperek, Bernd/Speer, Marc/Tsianos, Vassilis (Hg.): *Kritische Justiz*, Vol. 44 (3).
- De Vitoria, Francisco (1991): *Political Writings*. Cambridge.
- Douzinas, Costas (2007): *Human Rights and Empire. The political philosophy of cosmopolitanism*. Abingdon.
- Du Bois, W.E.B. (1925): *The Negro Mind Reaches out*. In: Alain Locke (Hg.): *Great Speeches by African Americans*. Mineola, New York, 385-414.
- Eckert, Andreas (2010): *Afrikanische Nationalisten und die Frage der Menschenrechte von den 1940er bis zu den 1970er Jahren*. In: Hoffmann, Stefan-Ludwig (Hg.): *Moralpolitik. Geschichte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert*. Göttingen, 312-336.
- Emerson, Robert M./Rachel I. Fretz, I Rachel/ Shaw; Linda L.(1995): *Kap. 6: Processing Fieldnotes: Coding and Memoing*. In: *Writing Ethnographic Fieldnotes*, Chicago.
- Evans, Raymond/Thorpe, Bill (2001): *Indigenocide and the Massacre of Aboriginal History*. In: *Overland* 163, S. 21-39.
- Fassin, Didier (2007): *Humanitarianism A Nongovernmental Government*, In: Feher, Michel/ Krikorian, Gaelle/McKee, Yates (Hg.): *Nongovernmental Politics*. New York.
- Fassin, Didier (2012): *Humanitarian reason: a moral history of the present*. Berkeley, Los Angeles,

London.

Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (2014): Kämpfe um Migrationspolitik : Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung. Bielefeld.

Franzki, Hannah/Kwesi Aikins, Joshua (2010): Postkoloniale Studien und kritische Sozialwissenschaft, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 40, Nr. 1/2010, 9-28.

Gaub, Daniella: Von Grenzen und Krisen in der alimentären Teilhabe. In: Berliner Blätter, in Veröffentlichung.

Glaser, Barney G./ Strauss, Anselm L. (1998): Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung. Bern.

Grugel, Jean/Piper, Nicola (2007): Critical Perspectives on Global Governance. Rights and regulation in governing regimes. London & New York.

Hess, Sabine/Tsianos, Vassilis (2010): Ethnographische Grenzregimeanalyse, In: Hess, Sabine/Bernd Kasperek (Hg.): Grenzregime: Diskurse, Praktiken Institutionen in Europa. Berlin/Hamburg, 243-264.

Hoffmann, Stefan Ludwig (2010): Einführung. Zur Genealogie der Menschenrechte, In: Hoffmann, Stefan-Ludwig (Hg.): Moralpolitik. Geschichte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert. Göttingen, 7-37.

Holbraad, Martin/ Pedersen, Morten Alex (2009): Planet M. The Intense Absraction of Marilyn Srathern. In: Cambridge Anthropology, 28. Jg. 2008/9, Heft 3, 43-65.

IG Bildende Kunst (2010): Bildpunkt. Regimestörungen. Wien.

Karakayali, Serhat/Tsianos, Vassilis (2005): Mapping the order of new migration. Undokumentierte Arbeit und Autonomie der Migration. In: Peripherie 25/97, 35-64.

Karakayali, Serhat/Tsianos, Vassilis (2007): Movements that matter. Eine Einleitung. In: Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas. Bielefeld, 7-21.

Kasperek, Bernd/Schwertl, Maria/Speer, Marc (2015): Spektrum Migration. Zugänge zur Vielfalt des Alltags. Tübingen.

Kimminich, Otto (1983): Grundprobleme des Asylrechts. Darmstadt.

Klein, Naomi (2007): Die Schock-Strategie: der Aufstieg des Katastrophen Kapitalismus. The Shock doctrine. Frankfurt a.M..

Labor Migration (2014): Vom Rand ins Zentrum: Perspektiven einer kritischen Migrationsforschung, Berlin.

Laubenthal, Barbara (2005): >Papiere für alle<. Proteste illegaler Einwanderer in Murcia (Spanien), In: IMIS-Beiträge Heft 27/2005, 109-129.

Laubenthal, Barbara (2007): Der Kampf um Legalisierung: soziale Bewegungen illegaler Migranten in Frankreich, Spanien und der Schweiz. Frankfurt am Main.

Lehnert, Katrin/Lemberger, Barbara (2012): Die Un-Ordnung denken – Probleme der Kategorisierung von „Migration“ und Fragen an eine europäisch ethnologische Migrationsforschung. In: Klückmann, Matthias/ Sparacio, Felicia (Hg.): Spektrum Migration. Zugänge zur Vielfalt des Alltags. Tübingen.

Lohmann, Georg/Pollmann, Arndt (2012): Menschenrechte – Ein interdisziplinäres Handbuch. Stuttgart.

Lucassen, Jan /Lucassen, Leo (1997): Migration, Migration History, History: Old Paradigms and New Perspectives, Bern/New York.

Madrid 15M. Periódico de asambleas del 15M, 1/2016, Nr.43.

Mamdani, Mahmood (2001): When victims become killers: Colonialism, Nativism, and the Genocide in Rwanda. Princeton.

Merry, Sally Engle (2006): Human rights and gender violence. Translating international law into local justice. Chicago.

Metz, Markus/Seeßlen, Georg (2016): Hass und Hoffnung. Deutschland, Europa und die Flüchtlinge. Berlin.

Mezzadra, Sandro (2013): Kämpfe für Gerechtigkeit an den Grenzen: Die Suche nach einem neuen politischen Subjekt im globalen Zeitalter. In: Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini/Römhild, Regina (Hg.): Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften. 2., erweiterte Auflage. Frankfurt/New York.

Mezzadra, Sandro/Neilson, Brett (2013a): Boder as a method, or, the multiplication of labor. Duke.

Mezzadra, Sandro/Neilson, Brett (2013b): Die Macht der Trennlinie. Von der Grenze als Objekt zur Grenze als Methode. In: Polar #15: Grenzen, 103-107.

Mezzadra, Sandro/Brett, Neilson (2014): Grenzen der Gerechtigkeit, differentielle Inklusion und Kämpfe der Grenze. In: Sabine Hess u.a. (Hg.) Grenzregime II : Migration – Kontrolle – Wissen. Transnationale Perspektiven. Hamburg, 232-255.

Paciello, Maria Cristiana (2013): The Euro Crisis and Euro-Mediterranean Relations, In: Mediterranean Yearbook 2013. Barcelona: IEMed, 83-88.

Papaioannou, Skevos (2013): Krise, Sozialpolitik und Sozialarbeit in Griechenland, In: Franz Hamburger /Gunther Grashoff (Hg.): Soziale Arbeit im Schatten des „Schirms“. Rethymno.

Pelzer, Marei (2013): Verlogene Apelle. Europas Grenzregime und die syrische Flüchtlingskrise. Eine Leidensgeschichte. In: Polar #15: Grenzen, 99-102.

Poehls, Kerstin (2014): Zettelwirtschaft. Consumer Citizenship, Europäisierung und Krisenpolitik in Griechenland, In: Adam, Jens (Hg.): Formation des Politischen: Anthropologie politischer Felder.

Bielefeld, 305-330.

Quijano, Aníbal (2000): *Coloniality of Power, Eurocentrism, and Latin America*, *Nepantla: Views from South* 1.

Rajagopal, Balakrishnan (2003): *International Law from Below: Development, Social Movements and Third World Resistance*. Cambridge.

Renault, Emmanuel (2012): *Struggles of Justice. Political Discourses. Experience, and Claims*. In: Balibar, Étienne/ Mezzadra, Sandro/Samaddar, Ranabir (Hg.): *The Borders of Justice*. Philadelphia, Pennsylvania, 99-122.

Sandvik, Kristin Bergtora (2009): *The Physicality of Legal Consciousness: Suffering and the Production of Credibility in Refugee Resettlement*. In: Wilson, Richard Ashby/ Brown, Richard D. (Hg.): *Humanitarianism and Suffering. The Mobilization of Empathy*. Cambridge, 223-244.

Sassen, Saskia (2008): *Das Paradox des Nationalen. Territorium, Autorität und Rechte im globalen Zeitalter*. Frankfurt a.M..

Sassen, Saskia (2015). *Ausgrenzungen: Brutalität und Komplexität in der globalen Wirtschaft*. Frankfurt a.M..

Schmidt, Matthias (2014): *Menschenrechte und Migration. Das Beispiel Marokko*. Studien aus dem Münchner Institut für Ethnologie, Band 10. München.

Schmidt, Matthias (2015): *Zwischen Moral und Skandal. Humanitarismus und Menschenrechte in der Migrations- und Grenzpolitik Marokkos*. In: *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 1 (1).

URL: <http://movements-journal.org/issues/01.grenzregime/16.schmidt-moralskandal-marokko-humanitarismus-menschenrechte.html>.

Soysal, Yasemin Nuhoğlu (1994): *Limits of citizenship: migrants and postnational membership in Europe*. Chicago.

Spivak, Gayatri Chakravorty (1995): *Teaching for the Time*. In: Nederveen, Jan/Parekh, Bhikhu (Hg.): *The Decolonization of Imagination. Culture, Knowledge and Power*, London, 177-202.

Spivak, Gayatri Chakravorty (2002): *Discussion. An Afterword on the New Subaltern*. In: Chatterjee, Partha/Jeganathan, Pradeep (Hg.): *Subaltern Studies XI: Community, Gender and Violence*. New Delhi, 305-334.

Stammers, Neil (1999): *Social Movements and the Social Construction of Human Rights*. In: *Human Rights Quarterly*. 21 (4). S. 980-1008.

Stammers, Neil (2009): *Human Rights and Social Movements*. London & New York.

Svensson, Marina (2002): *Debating Human Rights in China. A Conceptual and Political History*. Lanham.

Varela, María do Mar Castro/ Dhawan, Nikita (2015): *Postkoloniale Theorie. Eine kritische*

Einführung. 2., komplett überarbeitete und erweiterte Auflage. Bielefeld.

Von Lucke, Albrecht (2015): EU in Auflösung? Die Rückkehr der Grenzen und die populistische Gefahr. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2015.

Walters, William (2011): Foucault and Frontiers. Notes on the Birth of the Humanitarian Border. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): Governmentality: Current Issues and Future Challenges. New York, 138-164.

Walzer, Michael (1992): Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit. Frankfurt a.M..

Zelik, Raul (2015): Mit Podemos zur demokratischen Revolution? Krise und Aufbruch in Spanien. Berlin.

Zimmerer, Jürgen (2011): Von Windhuk nach Auschwitz. Beiträge zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust, Münster u.a.: LIT.

Quellen:

<https://www.amnesty.de/jahresbericht/2016/griechenland> aufgerufen am 07.07.2016

<https://amerika21.de/termin/2014/08/103504/guatemala-voelkermordprozess> aufgerufen am 12.07.2016

<http://www.humanrights.ch/de/internationale-menschenrechte/aemr/text/artikel-14-aemr-recht-asyl> aufgerufen am 07.07.2016

<http://cear-euskadi.org/diccionario/centro-de-estancia-temporal-de-inmigrantes-ceti/> aufgerufen am 07.07.2016

<http://www.amnesty.de/jahresbericht/2016/spanien> aufgerufen am 14.07.2016

[http://www.ecoi.net/local\\_link/322585/462062\\_de.html](http://www.ecoi.net/local_link/322585/462062_de.html) aufgerufen am 14.07.2016

<http://www.humanrights.ch/de/service/laenderinfos/spanien/> aufgerufen am 14.07.2016

<http://www.amnesty.de/jahresbericht/2016/marokko-und-westsahara> aufgerufen am 14.07.2016

[http://www.ecoi.net/local\\_link/319806/466867\\_de.html](http://www.ecoi.net/local_link/319806/466867_de.html) aufgerufen am 14.07.2016

<http://www.humanrights.ch/de/service/laenderinfos/marokko/> aufgerufen am 14.07.2016

<http://databank.bancomundial.org/data/> aufgerufen am 15.07.2016

<http://www.ine.es/jaxi/menu.do?type=pcaxis&path=%2Ft07%2F08&file=inebase&L=0> aufgerufen am 15.07.2016

El País vom 24.6.2007, [http://elpais.com/diario/2007/06/24/economia/1182636001\\_850215.html](http://elpais.com/diario/2007/06/24/economia/1182636001_850215.html) aufgerufen am 15.07.2016

<http://www.ine.es/jaxi/menu.do?type=pcaxis&path=%2Ft07%2Fa081&file=inebase&L=0> aufgerufen am 15.07.2016

[http://elmundo.es/especiales/2006/11/espana/corrupcion\\_urbanistica/motor.html](http://elmundo.es/especiales/2006/11/espana/corrupcion_urbanistica/motor.html) aufgerufen am

15.07.2016

<http://de.scribd.com/doc/147141512/Respuesta-del-Gobierno-a-Cayo-Lara-sobre-ejecuciones-hipotecarias-desde-2006>) aufgerufen am 15.07.2016

[http://www.eldiario.es/desalambre/inmigracion/personas-excluidas-sistema-sanitario-publico\\_0\\_178832467.html](http://www.eldiario.es/desalambre/inmigracion/personas-excluidas-sistema-sanitario-publico_0_178832467.html) aufgerufen am 16.07.2016

<https://de.wikipedia.org/wiki/Escrache> aufgerufen am 16.07.2016

[https://de.wikipedia.org/wiki/Spanische\\_Parlamentswahlen\\_2015](https://de.wikipedia.org/wiki/Spanische_Parlamentswahlen_2015) aufgerufen am 16.07.2016

[https://de.wikipedia.org/wiki/Spanische\\_Parlamentswahlen\\_2016](https://de.wikipedia.org/wiki/Spanische_Parlamentswahlen_2016) aufgerufen am 16.07.2016

[http://politica.elpais.com/politica/2014/09/16/actualidad/1410857105\\_177141.html](http://politica.elpais.com/politica/2014/09/16/actualidad/1410857105_177141.html) aufgerufen am 16.07.2016

[http://www.nytimes.com/2015/04/23/opinion/spains-ominous-gag-law.html?\\_r=0](http://www.nytimes.com/2015/04/23/opinion/spains-ominous-gag-law.html?_r=0) aufgerufen am 18.07.2016

<http://www.unhcr.de/service/zahlen-und-statistiken.html> aufgerufen am 18.07.2016

<https://www.proasyl.de/news/debatte-um-brutalen-einsatz-der-guardia-civil-in-ceuta/> aufgerufen am 18.07.2016

<https://www.proasyl.de/news/ceuta-und-melilla-gedenken-an-todesopfer-der-fluechtlingsabwehr/> aufgerufen am 18.07.2016

[https://de.wikipedia.org/wiki/Guardia\\_Civil](https://de.wikipedia.org/wiki/Guardia_Civil) aufgerufen am 18.07.2016

<https://www.taz.de/Spanische-Exklave-in-Nordafrika!/5264030/> aufgerufen am 18.07.2016

<http://www.humanrights.ch/de/internationale-menschenrechte/nachrichten/initiativen/menschenrechtswidrige-push-backs-spanien> aufgerufen am 18.07.2016

<http://www.republica.com/2016/03/19/miles-de-personas-protestan-en-barcelona-contrala-politica-de-expulsion-de-refugiados/> aufgerufen am 18.07.2016

<http://sevillaacoge.org/seville-acoge-fundation/> aufgerufen am 18.07.2016

<http://www.mescladis.org/es/> aufgerufen am 20.07.2016

<http://cooperativa.cat/en/> aufgerufen am 20.07.2016

<http://cooperativa.cat/de/wirtschaftssystem/selbststandigkeit/> aufgerufen am 20.07.2016

<http://www.bdtonline.org/> aufgerufen am 20.07.2016

<https://sergicamarapht.wordpress.com/> aufgerufen am 20.07.2016

<https://www.cristianismeijusticia.net/> aufgerufen am 20.07.2016

<http://www.tanquemelscie.cat/p/qui-som.html> aufgerufen am 20.07.2016

<https://diem25.org/> aufgerufen am 20.07.2016

<http://www.migazin.de/2016/01/15/abweichende-ueberlegungen-fluechtlingskrise->

willkommenskultur-deutschland/ aufgerufen am 20.07.2016  
<http://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php> aufgerufen am 20.07.2016  
[https://www.lpb-bw.de/hartz\\_iv\\_aktuell.html](https://www.lpb-bw.de/hartz_iv_aktuell.html) aufgerufen am 20.07.2016  
[http://www.akweb.de/ak\\_s/ak616/17.htm](http://www.akweb.de/ak_s/ak616/17.htm) aufgerufen am 20.07.2016  
[http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm\\_redakteure/Broschueren\\_pdf/GriechenlandDoku\\_dt\\_kl\\_ein.pdf](http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm_redakteure/Broschueren_pdf/GriechenlandDoku_dt_kl_ein.pdf) aufgerufen am 03.08.2016  
[https://www.behindertenbeauftragter.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Broschuere\\_UNKonvention\\_KK.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.behindertenbeauftragter.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Broschuere_UNKonvention_KK.pdf?__blob=publicationFile) aufgerufen am 03.08.2016  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Aktion\\_T4](https://de.wikipedia.org/wiki/Aktion_T4) aufgerufen am 03.08.2016  
<http://www.heise.de/tp/artikel/15/15501/1.html> aufgerufen am 03.08.2016  
<http://taz.de/!5262904/> aufgerufen am 03.08.2016  
<http://inmersionlinguistica.wixsite.com/mejora-tu-ingles> aufgerufen am 03.08.2016  
<https://www.proasyl.de/news/brutale-push-backs-in-melilla-regierung-will-voelkerrechtsbruch-per-gesetz-legalisieren/> aufgerufen am 03.08.2016  
[http://www.welt.de/print/die\\_welt/debatte/article112159634/Europa-oh-weh.html](http://www.welt.de/print/die_welt/debatte/article112159634/Europa-oh-weh.html) aufgerufen am 16.08.2016  
<https://www.youtube.com/watch?v=dKn6LeL5DZc> aufgerufen am 16.08.2016  
<http://goo.gl/OcJTUi> aufgerufen am 16.08.2016

1 [https://www.lpb-bw.de/hartz\\_iv\\_aktuell.html](https://www.lpb-bw.de/hartz_iv_aktuell.html) aufgerufen am 27.07.2016

2 [http://www.akweb.de/ak\\_s/ak616/17.htm](http://www.akweb.de/ak_s/ak616/17.htm) aufgerufen am 20.07.2016

3 [http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm\\_redakteure/Broschueren\\_pdf/GriechenlandDoku\\_dt\\_klein.pdf](http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm_redakteure/Broschueren_pdf/GriechenlandDoku_dt_klein.pdf) aufgerufen am 21.07.2016

4 <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2016/griechenland> aufgerufen am 21.05.2016

5 <http://www.migazin.de/2016/01/15/abweichende-ueberlegungen-fluechtlingskrise-willkommenskultur-deutschland/> aufgerufen am 21.07.2016

6 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/verhandlungen-mit-der-eu-griechenland-droht-berlin-mit-fluechtlingen-13471489.html> aufgerufen am 27.07.2016

7 <http://www.migazin.de/2016/01/15/abweichende-ueberlegungen-fluechtlingskrise-willkommenskultur-deutschland/> aufgerufen am 29.07.2016

8 [https://www.behindertenbeauftragter.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Broschuere\\_UNKonvention\\_KK.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.behindertenbeauftragter.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Broschuere_UNKonvention_KK.pdf?__blob=publicationFile) aufgerufen am 27.07.2016

9 [https://de.wikipedia.org/wiki/Aktion\\_T4](https://de.wikipedia.org/wiki/Aktion_T4) aufgerufen am 20.05.2016

10 <https://amerika21.de/termin/2014/08/103504/guatemala-voelkermordprozess> aufgerufen am 20.07.2016

11 <http://www.humanrights.ch/de/internationale-menschenrechte/aemr/text/artikel-14-aemr-recht-asyl> aufgerufen am 21.07.2016

12 <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2016/spanien;>  
<http://www.amnesty.de/jahresbericht/2016/marokko-und-westsahara> aufgerufen am 20.05.2016

13 USDOS - US Department of State: Country Report on Human Rights Practices 2015 - Spain, 13. April 2016 (verfügbar auf [ecoi.net](http://www.ecoi.net)), [http://www.ecoi.net/local\\_link/322585/462062\\_de.html](http://www.ecoi.net/local_link/322585/462062_de.html);  
[http://www.ecoi.net/local\\_link/319806/466867\\_de.html](http://www.ecoi.net/local_link/319806/466867_de.html) aufgerufen am 20.05.2016

14 [http://www.humanrights.ch/de/service/laenderinfos/spanien/;](http://www.humanrights.ch/de/service/laenderinfos/spanien/)  
<http://www.humanrights.ch/de/service/laenderinfos/marokko> aufgerufen am 10.08.2016

15 <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2016/spanien> aufgerufen am 25.07.2016

16 <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2016/marokko-und-westsahara> aufgerufen am 20.05.2016

17 <http://www.heise.de/tp/artikel/15/15501/1.html> aufgerufen am 27.07.2016

18 <http://databank.bancomundial.org/data/> aufgerufen am 27.07.2016

19 <http://www.ine.es/jaxi/menu.do?type=pcaxis&path=%2Ft07%2Fa081&file=inebase&L=0> aufgerufen am 27.07.2016

20 <http://www.ine.es/jaxi/menu.do?type=pcaxis&path=%2Ft07%2Fa081&file=inebase&L=0;>  
Sonderbeilage El mundo von 2006,  
[http://elmundo.es/especiales/2006/11/espana/corrupcion\\_urbanistica/motor.html](http://elmundo.es/especiales/2006/11/espana/corrupcion_urbanistica/motor.html) aufgerufen am 25.07.2016

21 <http://de.scribd.com/doc/147141512/Respuesta-del-Gobierno-a-Cayo-Lara-sobre-ejecuciones-hipotecarias-desde-2006> aufgerufen am 27.07.2016

22 [http://www.eldiario.es/desalambre/inmigracion/personas-excluidas-sistema-sanitario-publico\\_0\\_178832467.html](http://www.eldiario.es/desalambre/inmigracion/personas-excluidas-sistema-sanitario-publico_0_178832467.html) aufgerufen am 25.07.2016

23 <https://de.wikipedia.org/wiki/Escrache> aufgerufen am 10.08.2016

24 [https://de.wikipedia.org/wiki/Spanische\\_Parlamentswahlen\\_2015](https://de.wikipedia.org/wiki/Spanische_Parlamentswahlen_2015) aufgerufen am 25.07.2016

25 [https://de.wikipedia.org/wiki/Spanische\\_Parlamentswahlen\\_2016](https://de.wikipedia.org/wiki/Spanische_Parlamentswahlen_2016) aufgerufen am 25.07.2016

26 [http://politica.elpais.com/politica/2014/09/16/actualidad/1410857105\\_177141.html](http://politica.elpais.com/politica/2014/09/16/actualidad/1410857105_177141.html) aufgerufen am 25.07.2016

27 <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2016/spanien> aufgerufen am 25.07.2016

28 [http://www.nytimes.com/2015/04/23/opinion/spains-ominous-gag-law.html?\\_r=0](http://www.nytimes.com/2015/04/23/opinion/spains-ominous-gag-law.html?_r=0) aufgerufen am 22.07.2016

29 <http://www.unhcr.de/service/zahlen-und-statistiken.html> aufgerufen am 27.07.2016

30 <https://www.pressenza.com/de/2016/04/die-buergermeister-von-barcelona-lesbos-und-lampedusa-treffen-ein-abkommen-um-den-fluechtlingen-zu-helfen> aufgerufen am 27.07.2016

31 <http://goo.gl/OcJTUi> aufgerufen am 25.07.2016

32 [http://www.welt.de/print/die\\_welt/debatte/article112159634/Europa-oh-weh.html](http://www.welt.de/print/die_welt/debatte/article112159634/Europa-oh-weh.html) aufgerufen am

33 <https://www.proasyl.de/news/ceuta-und-melilla-gedenken-an-todesopfer-der-fluechtlingsabwehr/> aufgerufen am 27.07.2016

34 <https://www.proasyl.de/news/debatte-um-brutalen-einsatz-der-guardia-civil-in-ceuta/> aufgerufen am 27.07.2016

35 <https://www.proasyl.de/news/brutale-push-backs-in-melilla-regierung-will-voelkerrechtsbruch-per-gesetz-legalisieren/> aufgerufen am 21.05.2016

36 <https://www.taz.de/Spanische-Exklave-in-Nordafrika!/5264030/> aufgerufen am 10.08.2016

37 <http://www.humanrights.ch/de/internationale-menschenrechte/nachrichten/initiativen/menschenrechtswidrige-push-backs-spanien> aufgerufen am

38 <http://www.republica.com/2016/03/19/miles-de-personas-protestan-en-barcelona-contrala-politica-de-expulsion-de-refugiados/> aufgerufen am 10.08.2016

39 <http://cooperativa.cat/de/wirtschaftssystem/selbststandigkeit/> aufgerufen am 20.05.2016

40 <http://inmersionlinguistica.wixsite.com/mejora-tu-ingles> aufgerufen am 20.05.2016

41 <http://www.bdtonline.org/> aufgerufen am 21.05.2016

42 <http://sevillaacoge.org/accion-comunitaria-en-barrios/> aufgerufen am 25.07.2016

43 <https://diem25.org/> aufgerufen am 20.05.2016

44 [https://de.wikipedia.org/wiki/Spanische\\_Parlamentswahlen\\_2016](https://de.wikipedia.org/wiki/Spanische_Parlamentswahlen_2016) aufgerufen am 21.05.2016

45 <http://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php> aufgerufen am 08.08.2016